

Inhalt

Editorial [Ralf Scholl]	2
BUNDESTARIFKOMMISION	
Nach dem dbb Gewerkschaftstag 2022	
ist vor den Einkommensrunden 2023!	
[Ursula Kampf]	4
HAUPTVORSTANDSSITZUNG	
»Lehrerversorgung so schlecht wie seit	
40 Jahre nicht mehr« [Helmut Hauser]	5
Resolution zur Entlastung bei Dienst-	
besprechungen und Fortbildungen [PhV BW]	7
SCHULVERTRETERVERSAMMLUNGEN	
Nord-Württembergs Schulvertreter	
treffen sich zur Jahresversammlung	8
[Laura Schönfelder]	
Vielfältige Informationen und Diskussioner	1
zur Situation der Lehrkräfte und Schulen [Yvonne Keppler]	9
Thema aktuell: Die Grünen	13
	10
ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ Ist ein gesunder Lehrer_innenberuf möglic	h2
[Cord Santelmann]	14
VEREINBARKEIT VON SCHULE UND BERUF	
Wollt ihr uns nicht? [Claudia Grimm]	17
AUS DEM SCHULLEBEN	
Einsparung von CO ₂ [Viktoria Dördelmann]	19
Aktuelles aus dem HPR asB [Michael Belz]	19
BUNDESWEITE VERNETZUNG	
AGORA - Marktplatz für Ideen	
[Steffen Kottmann]	20
DER PHILOLOGENVERBAND BW IM GESPRÄCH MIT	
$\ Minister in\ The resa\ Schopper\ {\it [Karin\ Fetzner]}$	20
dem IBBW [Karin Fetzner]	21
DER PhV BW UNTERWEGS	
BBW Gewerkschaftstag [Helmut Hauser]	21
dbb Gewerkschaftstag in Berlin	23
SENIOREN	
Aktive Senioren im Bezirk Südwürttemberg	
[Claudia Schnitzer und Sieglinde Selinka]	22
Titelfoto: Gymnasium Gammertingen	
(Anne Kässbohrer)	

Redaktionsschluss: März-April-Ausgabe: 27. Februar 2023, Mai-Juni-Ausgabe: 8. Mai 2023.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden! Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

der G9-Volksantrag der Initiative G9jetzt!-BW zeigt erste Wirkungen.

Zwischen Weihnachten und Neujahr reagierten die Grünen erstmalig: Der bildungspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Landtag, Thomas Poreski, äußerte in einem Interview mit dem Reutlinger Generalanzei-GER, dass er sich sehr gut einen um ein Jahr gedehnten Weg zum Abitur vorstellen könne. Durch eine wahlweise Verlängerung der Oberstufe um ein Jahr, und zwar sowohl an den Gymnasien wie auch den Gemeinschaftsschulen und den beruflichen Schulen - jeweils nach Wahl der Schüler.

Thomas Poreski zeigt mit diesem grotesken Vorschlag allerdings, dass er die Probleme der baden-württembergischen Eltern und Schüler mit G8 schlicht nicht verstanden hat. Es geht am Gymnasium um eine Entlastung in der Unter- und Mittelstufe! Zudem stellt der bildungspolitische Sprecher der Grünen mit diesem Vorschlag unter Beweis, dass er keine Ahnung von den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz über die Oberstufe und das Abitur hat: Die Kultusministerkonferenz hat nämlich klar eine dreijährige Oberstufe vereinbart. Eine Änderung dieser Regelung bedarf einer einstimmigen Entscheidung aller Kultusminister.

Eine Verlängerung der Lernzeit in der Oberstufe muss als grüner Rettungsversuch betrachtet werden: Den GMS-Schülern soll offenbar genügend Aufholzeit gegeben werden, um wenigstens ein Abitur nach vierzehn Jahren ablegen zu können. Die VERA 8-Ergebnisse der letzten vier Jahre belegen ja eindeutig, dass die Gemeinschaftsschulen es in der Mittelstufe nicht schaffen, ihrem eigenen Wahlspruch »Vielfalt macht schlau(er)« auch nur im Ansatz gerecht zu werden. Die Ergebnisse der GMS-Schüler sind – vergleicht man korrespondierende Lernniveaus – gerade beim 'gymnasialen' E-Niveau signifikant schlechter als die Ergebnisse der Schüler an Gymnasien. Damit



Ralf Scholl ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

drängt sich der Verdacht auf, dass mit diesem Vorstoß von Seiten der Grünen lediglich versucht werden soll, dem G9-Volksantrag Wind aus den Segeln zu nehmen und die G9-Bewegung in eine Richtung umzulenken, die den GMS-Ideologen besser in den Kram passt.

Meine Bitte an Sie: Engagieren Sie sich für den G9-Volksantrag!

 Laden Sie sich von der Seite der G9-Initiative https://g9-jetztbw.de ein amtliches Formblatt für je eine Unterschrift herunter, drucken Sie es mehrfach aus und



sammeln Sie in Ihrem Umfeld Unterschriften für G9!

• Wenn jedes PhV-Mitglied vier bis fünf Unterschriften sammelt, dann genügt das bereits für den Erfolg des Volksantrags!

Und wenn Sie für G9 brennen, sich noch stärker engagieren wollen und Zeit dafür haben (zum Beispiel als pensioniertes PhV-Mitglied), dann melden Sie sich bitte per E-mail bei volksbegehren@g9-jetzt-bw.de! Sie können sich in das Team der G9-

Kontaktpersonen für Ihre Stadt bzw. Gemeinde einbringen. Das ist wichtig! Denn die eigentliche Schwierigkeit wird nicht sein, Unterschriften zu bekommen (jeder Baden-Württemberger ab sechzehn Jahren darf unterschreiben und neunzig Prozent sind für G9). Das Hauptproblem wird darin liegen, diese Unterschriften dann auch amtlich bestätigen zu lassen. Glücklicherweise ist eine gebündelte Bestätigung gesammelter Unterschriften durch Dritte möglich.

Insbesondere die großen Städte tun sich bislang noch sehr schwer mit den

Editorial

amtlichen Bestätigungen. So ist für alle Stuttgarter Bürger die direkte Bestätigung ihrer Wahlberechtigung auf den Unterschriften-Vordrucken nur beim Statistischen Amt in der Innenstadt möglich. Immerhin kann man auf allen Bürgerämtern der Stadt Stuttgart die unterschriebenen Formblätter abgeben. Die werden dann per Dienstpost ans Statistische Amt weitergeleitet, dort bestätigt und dann per Post (auf Kosten der Stadt) an den Einreicher zurückgeschickt. Danach müssen die bestätigten Formblätter noch an die Sammeladresse der G9-Initiative weitergeleitet werden. Alles natürlich in Papierform und im Original.

Man muss sich schon fragen, ob Landtag und Verwaltung in Baden-Württemberg wirklich im 21. Jahrhundert angekommen waren, als sie dieses Prozedere vor gerade einmal sieben Jahren im Volksabstimmungsgesetz von Baden-Württemberg festgeschrieben hatten. Oder ist diese Ausgestaltung des Gesetzes eher der Tatsache geschuldet, dass keine Regierung sich gern von ihren Bürgern ins Handwerk pfuschen lassen will? Die Grünen, die dieses Gesetz damals in den Landtag eingebracht hatten, stellten zu diesem Zeitpunkt immerhin bereits seit fünf Jahren den Ministerpräsidenten!

Herausforderungen 2023

Die Diskussion um das Leistungsprinzip, welche vor einem halben Jahr eingesetzt hat, verstärkt sich aufgrund der katastrophalen VERA-8- und IQB-Bildungstrend-Ergebnisse, und das ist richtig so! Ein sehr guter Artikel in diesem Zusammenhang wurde Anfang Dezember in FOKUS und CICERO veröffentlicht: 'Grundschüler-

Versagen zwingt uns zur Rückbesinnung auf erfolgreiche Lernmethoden' von Rainer Werner, siehe OR-Code!



Solche sinnvollen Lösungen werden von politischer Seite bisher aber leider nicht wirklich diskutiert.

Dabei müsste insbesondere nach dem desaströsen IQB-Test jedermann



klar sein, dass die Grundschulen ihre Aufgaben nicht erfolgreich erfüllen können, wenn immer mehr frisch eingeschulte Kinder unzureichend oder gar kein Deutsch sprechen.

Eine Schlussfolgerung scheint unausweichlich: Wir brauchen eine verbindliche vorschulische Untersuchung
spätestens der Viereinhalb-Jährigen
und eine anschließende, ebenfalls verbindliche mindestens einjährige Vorschulpflicht zum Deutschlernen für all
diejenigen Kinder, welche nicht ausreichend oder gar kein Deutsch sprechen. »Was Hänschen nicht lernt,
lernt Hans nimmermehr« ist ein sehr
altes Sprichwort. Das stimmt auch
heute noch!

Berufspolitische Herausforderungen

- Eine unserer wichtigsten Aufgaben in den nächsten beiden Jahren wird es sein, genügend Stellenhebungen von A13 nach A14 zu erreichen, um wieder ausreichend Beförderungsmöglichkeiten an den Gymnasien zu schaffen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass an den Gemeinschaftsschulen Lehrkräfte mit Beförderungsjahrgang 2014 und später zum Oberstudienrat befördert werden, während bei uns im dritten Jahr in Folge nicht genügend A14-Stellen bereitstehen, um vom Beförderungsjahrgang 2008 auch nur die Lehrkräfte mit einer dienstlichen Beurteilung von 1,0 zu beför-
- Daneben wird der Kampf um eine sachgerechte Arbeitszeiterfassung der Lehrkräfte (und damit verbunden um eine Absenkung des Deputats der gymnasialen Lehrkräfte)

ein zentraler Punkt unserer Arbeit sein. Das BAG-Urteil vom September letzten Jahres zur verpflichtenden Arbeitszeiterfassung stellt dabei die Initialzündung dar. Ich habe die Kultusministerin bereits im Dezember 2022 angeschrieben und um Auskunft gebeten, wie das Kultusministerium die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung umzusetzen gedenkt. Gleichzeitig habe ich die Zusammenarbeit des PhV BW in dieser Sache angeboten. Hierbei sind entscheidende Detailfragen zu klären wie zum Beispiel, was alles Bestandteil der (häuslichen) Arbeitszeit einer Lehrkraft ist, insbesondere im Bereich der Vorbereitung?

• Und auch ein dritter Punkt wird im Fokus stehen. Wir werden gemeinsam mit dem Beamtenbund Baden-Württemberg prüfen, ob nach der Einführung des Bürgergelds die Verfassungskonformität der Beamtenbesoldung (insbesondere im höheren Dienst) noch gegeben ist. Wir bezweifeln dies sehr stark. Hierbei jedoch wird es absehbare Fortschritte lediglich nach Durchschreiten des Klagewegs geben.

In diesem Sinne: Es gibt viel zu tun! Bleiben Sie uns treu und machen Sie in Ihrem Umfeld auf unsere erfolgreiche und zielgerichtete Arbeit für die gymnasialen Kolleginnen und Kollegen aufmerksam!

Ihr Landesvorsitzender

RaffSfoll

Ralf Scholl



Nach dem dbb Gewerkschaftstag 2022 ist vor den Einkommensrunden 2023!

n der Ausgabe 11-12/2022 von GYMNASIUM BADEN-WÜRTTEMBERG wurde im Innenteil PROFIL auf den Seiten 40 bis 47 über den dbb-Gewerkschaftstag in Berlin Ende November 2022 berichtet. Hier ergänzend wichtige Informationen zum Tarifbereich:

Der dbb-Bundesleitung gehört mit der Funktion Fachvorstand Tarifpolitik als stellvertretender dbb-Bundesvorsitzender – wiedergewählt – Volker Geyer an. Er ist damit gleichzeitig Vorsitzender der dbb-Bundestarifkommission für die kommenden fünf Jahre.

In der konstituierenden Sitzung der dbb-Bundestarifkommission wurden folgende sechs stellvertretende Vorsitzende der Bundestarifkommission gewählt: Conny Deichert (DStG)*, Thomas Gelling (GDL)*, Andreas Hemsing (Komba)*, Rita Mölders (VBE)*, Hermann Josef Siebigteroth (VdStra)* und Thomas Zeth (VBB)*.

Seitens des **Deutschen Philologenverbandes** gehören der dbb-Bundes-



von **Ursula Kampf** Referat Arbeitnehmer/Tarif PhV BW, Mitglied der dbb-Tarifkommission

tarifkommission an: Peter Damann (Sachsen-Anhalt), Markus Gretzschel (Sachsen), Ursula Kampf (Baden-Württemberg) und Matthias Overbeck (Nordrhein-Westfalen).

Mit Dank für seine langjährige engagierte Arbeit wurde das DPhV-Mitglied der dbb-Bundestarifkommission Steffen Pabst (Sachsen) vom Vorsitzenden der Bundestarifkommission Volker Geyer in den Ruhestand verabschiedet.

Die dbb-Bundestarifkommission hat als erste große Aufgabe im ersten Quartal 2023 die Einkommensrunde Bund-Kommunen mit folgenden drei Verhandlungsrunden vor sich: 24. Januar, 22./23. Februar, und 27. bis 29. März 2023. Danach beginnen die Vorbereitungen zur Forderungsfindung für die Einkommensrunde Länder (auch: Bereich Lehrkräfte) im vierten Quartal.

Ich appelliere an alle Kolleginnen und Kollegen im Arbeitnehmerverhältnis und mit Beamtenstatus, an Aktive wie Lehrkräfte im wohlverdienten Ruhestand: Beteiligen Sie sich an unseren Aktionen und unterstützen Sie so unsere berechtigten Forderungen gegenüber der Arbeitgeberseite! Helfen Sie uns, öffentlichkeitswirksam die Verhandlungsrunden zu begleiten! – Alles Gute für das Jahr 2023!

^{*} Deutsche Steuergewerkschaft, Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, Fachgewerkschaft für Beamte und Beschäftigte der Kommunen, Verband Bildung und Erziehung, Verband Deutscher Straßenwärter, Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr

»Lehrerversorgung so schlecht wie seit 40 Jahre nicht mehr«

it dieser Feststellung eröffnete Ralf Scholl, Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg, die Hauptvorstandssitzung am 9. Dezember 2022 in den Räumen der Sparkassenakademie Stuttgart. Der Mangel in der Unterversorgung betreffe zwar in erster Linie nicht die Gymnasien, aber auch im gymnasialen Bereich konnten in Mangelfächern und in weniger attraktiv erscheinenden Regionen nicht alle Stellen besetzt werden.

Weitere schlechte Nachrichten gab es durch die Vera 8-Ergebnisse des Jahres 2021 und des aktuellen IOB-Bildungstrends. Baden-Württemberg rutschte bei den Viertklässlern zum Beispiel in Mathematik seit 2011 von einem Spitzenplatz auf einen Platz im Mittelfeld ab und liegt etwa gleichauf mit Hamburg. Dass Hamburg in den Medien so positiv herausgestellt werde, bedeute jedoch nicht, dass die Hamburger Ergebnisse besonders gut seien, sondern dass sich Hamburg von einem seit jeher schlechten Platz nicht weiter verschlechtert habe. Bezüglich der Sprachförderung könne man jedoch positiv herausstellen, dass in Hamburg bei den Viereinhalbjährigen im Vorschulalter Sprachtests (Kenntnisse der deutschen Sprache) durchgeführt würden und entsprechend der Ergebnisse Sprachförderprogramme zum Einsatz kämen. Für Schulen mit einer sozial schwachen Schülerklientel würden dort mehr Mittel und mehr Lehrkräfte zur Verfügung gestellt.

Wichtiges Thema bei Scholls Vortrag war auch die Einreichung eines Volksantrags der Elterninitiative 'G9 – jetzt', deren Ziel auch vom Philologenverband inhaltlich unterstützt werde. Innerhalb eines Jahres müssten rund 40 000 Unterschriften gesammelt werden. Werde dieses Ziel erreicht, müsse sich der Landtag mit dem eingereichten Gesetzestext beschäftigen. Scholl warb für die Unterstützung des Antrags und bat die Delegierten auch, in den Kollegien und im Bekanntenkreis hierfür Werbung zu machen. Notwendig sei jedoch, dass die Unterschrift jeder einzelnen Person auf einem eigenen offiziellen Vordruck erfolge und in jedem Einzelfall vom Amt der jeweiligen Gemeinde bestätigt werde, dass die betreffende Person in der Gemeinde wohnhaft und für die Landtagswahl stimmberechtigt sei.

Bemängelt wurden auch die geringen Beförderungsmöglichkeiten nach A14. Zur Verfügung stünden landesweit lediglich rund 100 Stellen für 1000 bis 1200 Kolleginnen und Kollegen in den für die Beförderung geöffneten Jahrgängen.

Scholl thematisierte ferner das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes zur Erfassung der Arbeitszeit. Die Pflicht zur Erfassung gelte nach der europäischen Grundrechtscharta auch für Beamte und damit für alle Lehrkräfte. Bisher gebe es noch keine Stellungnahme der Landesregierung, ob und wie dies für Lehrkräfte ausgestaltet werden solle. Gegebenenfalls müsse



>> Ralf Scholl berichtet von der Verbandsarbeit auf Landesebene

man auch eine Klage ins Auge fassen, falls das Kultusministerium nicht reagiere.

Anknüpfend an Scholls Ausführungen zur Lehrkräfteeinstellung stellte Holger Philipp vom Einstellungsreferat des Kultusministeriums die Personalsituation an den Schulen des Landes aus Sicht des Ministeriums dar. Im Gegensatz zu anderen Schularten liege die Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden Gymnasien weiterhin stabil bei 104 bis 105 Prozent. Allerdings seien in dieser Zahl Krankenstände nicht erfasst. Auch er verwies auf Unterschiede nach Fächern und Regionen. Schon im September gebe es keine Bewerber mehr für Krankheitsvertretungen.

Für die Ersatzbedarfe spielten unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Neben dem Eintritt in den Ruhestand seien Elternzeit sowie Rückkehrer und Aufstockungen nach der Elternzeit zu berücksichtigen. Mit der nächsten Pensionierungswelle sei erst ab dem Schuljahr 2030/2031 zu rechnen. Dennoch übersteige bereits jetzt der Bedarf das Angebot.

Zur Lehrkräftegewinnung fasse das Ministerium folgende Maßnahmen ins Auge:

- Öffnung des Seiteneinstiegs für weitere Fächer
- Neuer Takt f
 ür schulbezogene Ausschreibungen
- Einstellung an den Gymnasien und beruflichen Schulen mit unterhälftiger Teilabordnung an andere Schularten



Hauptvorstandssitzung



• Stichtagsregelung bei befristeten Verträgen

Unter Punkt 6 der Tagesordnung legte der Schatzmeister Martin Brenner den Delegierten ausführlich die finanzielle Situation des Verbandes dar. Die Mitgliederentwicklung verlaufe stabil bei rund 9000 Mitgliedern. Rücklagen für den Wahlkampf für die Wahl zu den Stufenpersonalräten 2024 seien ebenso vorhanden wie für den Festakt zum fünfzigjährigen Verbandsjubiläum, der für Juli 2023 im Zusammenhang mit der Vertreterversammlung geplant ist.

Die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Karin Fetzner und Martina Scherer ergänzten mit Informationen zu ersten Einzelheiten der Jubiläumsveranstaltung.

Im Bericht aus dem Hauptpersonalrat ging der Vorsitzende Jörg Sobora unter anderem auf einige Beschlussverfahren ein. In solchen Verfahren klagt der HPR rechtlich gegen nicht erfolgte Beteiligungen durch das Ministerium. Ein solches Verfahren betraf die 'Vorgaben zum Fernunterricht'. Das Gericht stellte diesbezüglich eine 'Änderung der Methode' fest und erkannte »eine gewisse Hebung der Arbeitsleistung«, womit es sich um einen beteiligungspflichtigen Vorgang handele. Nach einem vorgeschlagenen Vergleich durch das Gericht willigte das Ministerium darin ein, in ähnlich gelagerten Fällen zukünftig die Beteiligung des Hauptpersonalrats durchzuführen. Ebenso gibt es zur Nichtbeteiligung des HPR bei der Neugestaltungen der Verteilung der Aufgaben zur schriftlichen Abiturprüfung einen Vergleichsvorschlag, der möglicherweise dazu führe, dass den Schulen ab 2024 ein Tag mehr für das Herunterladen und die Vervielfältigung der Aufgaben zur Verfügung stehe.

Vorgaben für die Ziel- und Leistungsvereinbarungen habe der HPR nicht zugestimmt, da hierfür keine Ressourcen ausgewiesen seien. Außerdem fordere der Hauptpersonalrat, dass in den diesbezüglichen Gesprächen mit der Schulaufsicht nicht nur die Schulleitung, sondern das ganze Schulleitungsteam und auch der ÖPR einzubeziehen seien.

Gewisse Erleichterungen konnte der HPR für die mündlichen Abiturprüfungen zum Beispiel hinsichtlich der Anzahl der vorzulegenden Aufgaben erreichen.

Der Hauptpersonalrat fordere auch die Einrichtung von Schulkonten zur finanziellen Abwicklung außerunterrichtlicher Veranstaltungen. Rechtlich geklärt werden konnte, dass Freiplätze bei den Klassenfahrten bei entsprechender Transparenz auch für die begleitenden Lehrkräfte in Anspruch genommen werden könnten.

Bei der anschließenden Behandlung von Anträgen wurde auch eine Resolution verabschiedet, welche eine Entlastung der Kolleginnen und Kollegen bei Dienstbesprechungen mit den Fachberaterinnen und Fachberatern Aufsicht und bei Fortbildungen fordert. Zwei Anträge beschäftigten sich mit der rechtzeitigen Einsetzung einer Wahlkampfkommission für die Stufenpersonalratswahlen 2024 und deren professioneller Begleitung.

Unter Punkt 13 stellte Björn Sieper als Vorsitzender der Satzungskommission einige für die Vertreterversammlung 2023 geplante Anträge zur Änderung der Satzung vor. Die beiden Wesentlichen sind ein Antrag der Seniorenvertretung, dass diese mit einem stimmberechtigten Mitglied im Landesvorstand sowie in den Bezirksvorständen vertreten sein soll. Sinngemäß wird dies von der Arbeitnehmervertretung auch für die Vertretung der Arbeitnehmer beantragt. In einem Stimmungsbild sprach sich die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Delegierten für diese Änderungen aus, jedoch gab es jeweils eine hohe Zahl an Enthaltungen, so dass nicht endgültig abzusehen ist, ob diese Anträge bei der Vertreterversammlung die notwendige 2/3-Mehrheit erreichen können.

Für alle Teilnehmenden war es insgesamt eine Gewinn bringende Sitzung.

Helmut Hauser



Withindians of proposes Enthury der Unternitavenfuntung für References
Der Priv Bit von von derer ses Enters ver gemeinen Unternitaven der Betreitstellig stehensenstelligen der gemeinen geste die gegenn Enthury der Unternitävenderstellig enthur der Betreitstellig wird bei Betreit gest erungstelligen der Unternitävenderstellig der Betreitstellig wird bei Betreit gest erungstellig der Unternitävenderstellig der Betreitstellig wird bei Betreit gest erungstellig der Betreitstellig der Landessonstands, America
Beschlicht der Betreitstellig America (1998)

Manusch in der Betreitstellig der Landessonstands, America (1998)

Manusch in der Betreitstellig der Landessonstands (

>> Es herrschte Einigkeit bei den Abstimmungen

Resolution zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen bei Dienstbesprechungen und Fortbildungen

Der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) stellt fest: Das gesamte Berufsbild der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Tätigkeiten an der Schule haben massiv zugenommen: Deutlich mehr Konferenzen, Fachsitzungen, Vorbereitung und Durchführung der neuen Abiturprüfungen, Bildungsplanarbeit in der Schule (Schul- und Mediencurricula) und nicht zuletzt die Digitalisierung, deren konkrete Umsetzung und deren Nutzen leider nicht immer gesichert sind, füllen die Terminkalender der Lehrkräfte.

Die Arbeitsverdichtung nimmt immer weiter zu, die Arbeitszufriedenheit sinkt in gleichem Maße. Gerade weil für unser eigentliches Kerngeschäft, nämlich guten Unterricht, seit Jahren immer weniger Zeit bleibt.

Die jüngste zusätzliche Pflicht für alle Lehrkräfte an Gymnasien sind die Dienstbesprechungen mit den Fachberatern Aufsicht der Regierungspräsidien.

Die künstliche Trennung in Fachberater Aufsicht und Fachberater Unterricht führt seit dem Jahr 2019 zu einer Steigerung der Termindichte, denn jede Lehrkraft muss in allen ihren Fächern an einer zusätzlichen Dienstbesprechung teilnehmen, die beispielsweise nach den Vorgaben des RP Stuttgart grundsätzlich drei Zeitstunden nicht unterschreiten soll.

Zu oft gehen dabei die Dienstbesprechungen durch die Standardisierung der Tagesordnungen und (gedoppelte) Inhalte am Bedarf der Kolleginnen und Kollegen vorbei. Die Fachberaterinnen und Fachberater können bedingt durch die vorgegebene Struktur die Anforderungen, Wünsche und Bedürfnisse der Lehrkräfte vor Ort gar nicht angemessen berücksichtigen.

Besonders ärgerlich ist, dass wegen dieser zusätzlichen (zeitlichen) Belastung viele Kolleginnen und Kollegen Fortbildungen der FBUs des ZSL seltener wahrnehmen, obwohl diese gerade für den Erhalt der Fachlichkeit am Gymnasium von essentieller Bedeutung sind. Immer wieder müssen gute Fachfortbildungen abgesagt werden, weil zu wenige Kolleginnen und Kollegen Zeit dafür finden.

Der PhV Baden-Württemberg erklärt:

Wir fordern ein Ende der gegenseitigen Kannibalisierung der Veranstaltungen von Fachberatern Aufsicht der RP und Fachberatern Unterricht des ZSL.

Jede Form der Fortbildung muss weiterhin auf Freiwilligkeit beruhen, die durch verpflichtende Dienstbesprechungen, die oft entgegen den Vorgaben einen Fortbildungscharakter aufweisen, nicht unterlaufen werden darf.

Ziel muss es sein, die Kolleginnen und Kollegen in die Lage zu versetzen, Fortbildungen auszuwählen, die ihrem individuellen Bedarf entsprechen – dies kann nur mit einer zeitlichen Entlastung gelingen.

Wir fordern daher die Reduktion des Deputats auf 23 Unterrichtsstunden.

Beschluss des Hauptvorstands des Philologenverbandes Baden-Württemberg vom 9. Dezember 2022

Klausurtagung des Bezirksvorstands Nordbaden

Am 11. und 12. November 2022 kam der Vorstand des PhV-Bezirks Nordbaden im Hotel Siegfriedbrunnen in Grasellenbach zu einer Klausurtagung zusammen. Die Tagung diente vor allem der Vorbereitung anstehender Veranstaltungen. Dabei wurden auch langfristig die 2024 anstehenden Wahlen zu den Stufenpersonalräten thematisiert und insbesondere Strategien zur Gewinnung möglichst vieler Kandidatinnen und Kandidaten erörtert. Natürlich war auch genügend Raum, sich mit im Bezirk und auf Landesebene aktuell anstehenden Themen zu beschäftigen.

Helmut Hauser

Einladung zur Regionalversammlung der Bezirke 44 und 45

Am Montag, dem 13. Februar 2023, von 18:00 Uhr bis etwa 19:00 Uhr im Sitzungssaal der Landesgeschäftsstelle, Alexanderstraße 112 in Stuttgart mit anschließendem Restaurantbesuch.

Die Anmeldung erfolgt über den internen Mitgliederbereich auf der PhV-Homepage.

Die beiden Regionalvertreter Thomas Wahl und Alex Epp freuen sich auf viele Kolleginnen und Kollegen!

Einladung zur Regionalversammlung

pegionalversammlung der Region Obere Donau (Bezirk 4, Region 63) am Montag, dem **27. Februar 2023**, von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr im Restaurant Rosengarten in Riedlingen, Gammertinger Straße 25.

Kostenlose Parkplätze gibt es unter anderem vor und hinter dem Restaurant, beim Autohaus Gairing (Gammertinger Straße 21), in der Tiefgarage des Seniorenheims am Stadtgraben (Gammertinger Straße 8) oder auf dem Parkplatz des Kreisgymnasiums Riedlingen (Ziegelhüttenstraße 45, etwa 600 Meter entfernt).

Heinz Einwiller und Thomas Pierdzioch

LPVG-Schulung

Der Bezirksverband Nordwürttemberg veranstaltet am Donnerstag, dem 9. März 2023, eine weitere LPVG-Schulung, die online stattfinden wird. Interessierte ÖPR-Mitglieder können sich anmelden – auch ÖPR, die nicht PhV-Mitglieder sind, sind willkommen. Eine Einladung mit Anmeldemodalitäten erfolgt über die Schule.

Nord-Württembergs Schulvertreter treffen sich zur Jahresversammlung

Rückkehr zu unserer liebgewonnenen Routine

Langsam kehrt die Normalität in unseren Alltag zurück. Und so trafen sich die Schulvertreterinnen und Schulvertreter des Bezirks Nord-Württemberg dieses Jahr wieder am 17. und 18. November 2022 in Schwäbisch Gmünd statt wie letztes Jahr noch im September. Das Wetter war zwar nicht ganz so strahlend, der Stimmung tat dies keinen Abbruch.

Und wie in den Jahren zuvor fanden wieder die mittlerweile bewährten Arbeitstreffen statt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bildeten sich unter der Leitung von Ursula Kampf und Beatrix Verse fort. Claudia Grimm und Edelgard Jauch nahmen in ihrem Workshop vor allem die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in den Blick, was in einer Resolution zur Entlastung der Lehrkräfte auf der Schulvertreterversammlung gipfelte.

Die Jungen Philologen trafen bereits am Mittwochabend in Schwäbisch Gmünd ein, um sich in gelöster Runde auszutauschen. Am nächsten Morgen fand dann die JuPhi-Klausur des Bezirks unter der Leitung von Laura Schönfelder statt. Neben den Seminarvorstellungen wurde in diesem Jahr vor allem in den Blick genommen, wie der Verband gerade für Referendare und junge Lehrkräfte an Attraktivität gewinnen kann.

Tag eins – Verstärkung des Teams

Am Donnerstagnachmittag begann dann die eigentliche Hauptveranstal-

tung. Leider war der Bezirksvorsitzende Christian Unger erkrankt, wurde aber von Ursula Kampf routiniert vertreten, die die Schulvertreterinnen und -vertreter in Schwäbisch Gmünd herzlich begrüßte.

Dann folgte das Grußwort des Ersten Bürgermeisters von Schwäbisch Gmünd, Christian Baron, der den Lehrkräften ausdrücklich für ihre Belastbarkeit und ihre Anpassungsfähigkeit in diesen herausfordernden Krisenzeiten dankte und sich in seiner Rede unter anderem für eine Rückkehr zu G9 stark machte, wofür er im Plenum viel Unterstützung erfuhr.

Nach den Berichten und der Entlastung des Vorstandes sowie der Etatplanung für das kommende Jahr folgten die Stellvertreter-Wahlen. Für alle Positionen (stellvertretender Vorsitz, Protokoll und Rechner) konnten Kandidaten gewonnen werden: Wir danken Laura Schönfelder, Jochen Baumann und Siegmar Scheffold für ihr Engagement. Die Arbeit kann so nun auf mehrere Schultern



>> Erster Bürgermeister Christian Baron spricht auf der SVV

>> Angeregte Diskussionen auf der SVV in Schwäbisch Gmünd

Cstadtgarten

Cstadt Geregte Diskussionen auf der SVV in Schwäbisch Gmünd

Leutze-Saal

verteilt werden und im Krankheitsfall steht immer ein Ersatz bereit. Wie wichtig dies ist, haben gerade die letzten Jahre eindrücklich bewiesen. Dabei war es immer schön zu sehen, wie reibungslos der Bezirksvorstand als Team funktioniert, in dem jeder für jeden einsteht.

Politisches und Aktuelles

Im Anschluss daran informierte Jörg Sobora, der Vorsitzende des Hauptpersonalrates, die Anwesenden über aktuelle Entwicklungen und Neuigkeiten aus der Schulpolitik des Landes wie den Referenzrahmen Schulqualität. Als drängende Probleme kristallisierten sich, neben der Digitalisierung und der Bewältigung der Ukraine-Krise in den Schulen, die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Referendarinnen und Referendare ab 2024 und die fehlenden Stellenhebungen von A13 nach A14 heraus.

Danach referierte der Landesvorsitzende Ralf Scholl Aktuelles aus Bildungs- und Berufspolitik. Neben den offenen Baustellen (VERA 8 Vergleich zwischen GMS und Gymnasien, Probleme bei der Lehrerversorgung, Rückgang der A14-Stellen) konnte auch Erfreuliches berichtet werden: So hat die Initiative 'G9 – jetzt' den Volksantrag auf den Weg gebracht -Stimmen können ab sofort gesammelt werden. Und die Bezahlung der langfristig befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen über die Sommerferien wurde erreicht. Ein nächstes Ziel muss nun die Bezahlung der Referendarinnen und Referendare bis mindestens Ende August sein.

Den Abschluss des ersten Tages bildete die Verabschiedung sehr verdienter Kollegen. Der Bezirk dankt Guntram Dierolf, unserem neuen Ehrenmitglied, und Bernd Eigenmann für ihren jahrelangen Einsatz für den Philologenverband von ganzem Herzen!



Schulvertreterversammlungen

Programment

Program

Der zweite Tag der Schulvertreterversammlung begann wieder mit wichtigen Wahlen, um das Team zu komplettieren. Bei den notwendigen Nachwahlen wurden Isabel Dobos und Anne Käßbohrer als Kassenprüferinnen und Olaf Czinczel als ihr Stellvertreter gewählt. Als HV-/VV-Delegierter des Bezirks wurde Siegmar Scheffold einstimmig gewählt.

Allen Neugewählten wünschen wir viel Erfolg und Freude in ihrem neuen Amt!

Vortrag von Desirée Reidel zum Thema Gemeinschaftsschule

Nun folgte der Höhepunkt des zweiten Tages: der Vortrag von Desirée Reidel, der Landesreferentin des PhV für die Gemeinschaftsschulen. Sie gab einen erschütternden Einblick in die berufliche Realität von gymnasialen Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen im Land. So müssten die Kolleginnen und Kollegen dort ohne das dafür notwendige pädagogische Rüstzeug in Grundschulklassen unterrichten, fachfremder Einsatz sei die Regel, durch das fehlende Leistungsprinzip verlören selbst die guten Schülerinnen und Schüler die Motivation, Versetzungswünschen an Gymnasien werde nicht stattgegeben. Viele Lehrkräfte gingen deswegen in die innere Kündigung, fielen langfristig mit schweren Erkrankungen aus oder sähen sich sogar gezwungen, ihren Beamtenstatus zu kündigen, um dieser Schulform zu entkommen.

Es wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass der Verband den Kolleginnen und Kollegen hier seine Unterstützung anbietet und auch, dass angehende Lehrkräfte einen Einsatz an den Gemeinschaftsschulen gut abwägen und durch Hospitationen erkunden sollten, ob diese Schulform die richtige für sie ist.

Zum Abschluss des Tages folgten die Berichte von Edelgard Jauch aus dem Bezirkspersonalrat, von Laura Schönfelder über die JuPhi und Beatrix Verse über die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Verband.

Bis zum nächsten Mal

Schon jetzt freut sich der Bezirksvorstand Nord-Württemberg auf die Schulvertreterversammlung im nächsten Jahr.

Laura Schönfelder, Schriftführerin NW

Vielfältige Informationen und Diskussionen zur Situation der Lehrkräfte und Schulen

Die 44. Schulvertreterversammlung des Bezirksverbandes Südwürttemberg im PhV BW bot auch dieses Jahr ein abwechslungsreiches Programm. Dieses reichte vom Gesundheitsschutz, dem Wunschthema der Schulvertreter, über Berichte aus der Verbandsarbeit bis hin zu Gästen aus dem RP Tübingen, der Leiterin der Gymnasialabteilung, LRSD'in Ellen Butzko-Willke, und der Personalreferentin, RSD'in Petra Rauch. Bereichert wurde die Tagung auch durch die Mitarbeiterin der PhV-Landesgeschäftsstelle Nicole Danowski, die zur elektronischen Mitgliederverwaltung infor-

mierte. Weitere Höhepunkte waren Informationen von und Diskussionen mit dem PhV-Landesvorsitzenden, Ralf Scholl, und dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrates, Jörg Sobora. Die Versammlung fand vom 17. bis 18. November 2022 im Bildungsforum Untermarchtal statt.

Mentale Gesundheit von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern in Pandemie und Krisensituationen

Zuerst informierten Annika Haßler und Simon Winter von der Schulpsychologischen Beratungsstelle Ulm über das

Thema 'Mentale Gesundheit von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern in Pandemie und Krisensituationen'. Nach den Erfahrungen in der Pandemie und deren Folgen war es dringend notwendig, sich den Möglichkeiten der Unterstützung und Hilfe bewusst zu werden, die der schulpsychologische Dienst bietet.

Nach einer kurzen Definition mentaler Gesundheit gab es eine kurze praktische Übung zur Einstimmung auf den Vortrag. Es ging um Resilienz und das Kontinuum zwischen völlig krank und völlig gesund und was man für sich selbst tun kann. Mit dem Blick auf mehrere Studien wurde über die aktuelle Situation bezüglich der mentalen Gesundheit von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern informiert. Es gibt die vielfältigsten Angebote zur Stärkung der eigenen mentalen Gesundheit der Lehrkräfte. Für Schülerinnen und Schüler bieten sich Möglichkeiten von Einzel-Settings bis zu Gruppen-Settings an, um die psychische Widerstandskraft zu stärken und die Fähigkeit zu entwickeln, schwierige Lebenssituationen ohne anhaltende Beeinträchtigungen zu meistern.

Leider ist die Versorgungslage mit 7771 Schülerinnen und Schülern und 477 Lehrkräften pro Schulpsychologen nicht optimal, vor allem nicht jetzt nach Corona, den Entbehrungen der Schülerinnen und Schüler und den Belastungen, die die Lehrkräfte zu bewältigen hatten und haben.

Digitale Unterstützungsangebote

Es wurden verschiedene digitale Quellen genannt, bei denen Lehrkräfte und auch Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern und Erziehungsberechtigte Hilfe und Unterstützung finden, zum Beispiel hier: https://kurzelinks.de/ w4s3 und hier https://kurzelinks.de/5gif. Außerdem findet man unter dem Stichwort 'Hilfekompass' beim Kultusministerium umfangreiche Unterstützungskompendien für die einzelnen Regierungsbezirke: https://kurzelinks.de/ 1sn4. Auch die BZGA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, https://www.bzga.de/) bietet Materialien für den Einsatz im Unterricht an, die man nutzen kann, um die mentale Gesundheit zu verbessern.

Anhand einiger Studien wurde aufgezeigt, was Lehrkräfte selbst für ihre mentale Gesundheit tun können und welche äußeren Bedingungen darauf einwirken: Gute Zusammenarbeit im Kollegium, ein funktionierendes Zusammenspiel von Eltern, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern, die Beteiligung an zentralen Entscheidungen sowie guter Informationsfluss in allen Bereichen erleichtern die Gesunderhaltung der Lehrkräfte. Kommen dann noch gegenseitige Anerkennung an der Schule und erlebte Wertschätzung, professionelle Rückmeldung zur eigenen Arbeit und Erholungspausen insbesondere im schulischen Arbeitsalltag hinzu, muss man sich keine Gedanken um das Wohl der Lehrkräfte machen. Allerdings wurde auch klar, dass für all diese Dinge an den Schulen zu wenig Zeit bleibt, dass kollegiale Rückmeldungen und auch das Loben durch die Schulleitung eher Mangelware sind.

In einer kurzen Diskussion stellte sich heraus, dass es beim Arbeits- und Gesundheitsschutz an den Schulen noch viel Luft nach oben gibt. Wirkungsvolle Unterstützungen, wie Fallbesprechungsgruppen, deren Erfolg aber von den Referenten bzw. Gruppenleitern abhängig sein kann, sind auch im Angebot der Schulpsychologischen Beratungsstelle. Man kann jedoch feststellen, dass es in der Schulpsychologie noch sehr große Lücken in der Betreuung gibt. Cord Santelmann bot an, im PhV-Newsletter über Angebote der Schulpsychologischen Beratungsstelle zu informieren, soweit ihm entsprechende Informationen zugeleitet werden.

Funktionen und Nutzen des Mitgliederbereichs der PhV-Homepage für PhV-Schul- und Regionalvertreter

Danach wurde die Mitarbeiterin der PhV-Geschäftsstelle Nicole Danowski begrüßt, mit der schon viele Schulvertreterinnen und Schulvertreter Mailkontakt hatten. Sie informierte über die Mitgliederverwaltung und das Veranstaltungsmanagement auf der Homepage des PhV BW. Neuerungen wurden vorgestellt und auch Erleichterungen, zum Beispiel die Gruppen-Mail-Funktion. Das umfangreiche Angebot im Downloadbereich (zum Beispiel die Jahresbeitragsbescheinigung) sowie weitere neue Funktionen wurden erläutert.

Informationen aus dem Regierungspräsidium

Am zweiten Tag der Vertreterversammlung wurden LRSD'in Ellen Butzko-Willke, Leiterin des Gymnasialreferats, und RSD'in Petra Rauch, Personalreferentin, als Vertreterinnen des RP Tübingen begrüßt. Ellen Butzko-Willke begrüßte, dass das Schuljahr 2021/2022 in Präsenz durchgeführt werden konnte und betonte die Meisterleistung aller Gymnasien bei der Durchführung der Tests, ohne die diese nicht möglich gewesen wären. Sie dankte den Anwesenden stellvertretend für alle Lehrkräfte für ihren Einsatz und hoffte auf durchgängig offene Schulen auch in diesem Schuljahr.



Ein kritischer Blick zurück zeigt aber auch, dass diese Pandemie nicht spurlos an den Schülerinnen und Schüler vorbeigegangen ist. Studien belegen zwar eine mittlere bis hohe Schulzufriedenheit, was deutlich macht, welchen Stellenwert Schule bei den Kindern hat. Leider haben diese inzwischen aber mehr psychische Probleme als früher und auch die schulischen Kenntnisse sanken durch Corona. Teilweise fielen diese in Orthografie und Lesen unter den Mindeststandard. Der Übergang ins Gymnasium gestaltet sich immer heterogener, die pädagogischen Herausforderungen steigen und man fragt sich, »Was kann ich machen? Was kann das System machen?«

Ellen Butzko kommentierte den neu entwickelten Referenzrahmen Schulqualität BW: Dieser sei keine Zusatzanforderung, sondern biete einen Rahmen der Orientierung. Inhaltlich finden sich in dem dreiteiligen Referenzrahmen die Rahmenbedingungen, Prozesse und Ergebnisse schulischer Arbeit. Die Prozesse sind unterteilt in Lehren und Lernen, Professionalität und Zusammenarbeit, Führung und Management sowie datengestützte Qualitätsentwicklung. Ellen Butzko erläuterte ausgewählte Inhalte des Referenzrahmens: Was soll Schule leisten? Schule soll ein positiver Lernort sein, 'Wohlfühlen' eine Anforderung an Schule. Schule soll ein Ort sein, an dem Menschen konstruktiv zusammenarbeiten.

In der Diskussion wurden die mangelnde IT- und sonstige Ausstattung der Schulen angesprochen, die wiederum von der Finanzkraft des Schulträgers abhängt. Der Faktor Zeit zur Umsetzung der Visionen aus dem Referenzrahmen sowie zur Betreuung und Wartung der neu geschaffenen IT-Strukturen an den Schulen wurde angesprochen.

Unterschiedliche Lehrerversorgung als Problem

Petra Rauch erläuterte an einem eingehenden Beispiel, welchen Herausforderungen sie selbst bezüglich der Lehrereinstellung und -versorgung gegenübersteht: Selbst wenn es Bewerber gäbe, könnten freie Stellen zuweilen nicht alle besetzt werden. Prinzipiell ist die Verteilung der Lehrkräfte und der Versorgung der Schulen im Südwesten sehr unterschiedlich. Es gibt Schulen mit rechnerisch ausreichend Lehrkräften und Deputatsstunden, aber trotzdem mangelt es in bestimmten Fächern. Dadurch kommt es verstärkt zu Abordnungen und teilweise können keine Lehrkräfte in Mangelfächern eingestellt bzw. gefunden werden. Durch den Mangel und die Überversorgung an bestimmten Schulen ist die Verteilung der Lehrkräfte sehr schwierig. Eine Überversorgung kann auch durch Rückkehrer aus dem Auslandsschuldienst noch verschärft werden. Die Rückkehrer stellen einen Versetzungsantrag, können aber eventuell an keiner Schule untergebracht werden und kommen dann wieder an ihre Stammschule zurück, an der es eventuell schon eine Überversorgung mit diesen Fächern gab, die sich nun weiter verschärft.

Desweiteren erläuterte sie das neue November-Ausschreibungsverfahren und wies darauf hin, dass Versetzungsanträge erst im Februar-Verfahren berücksichtigt



werden können. Bezirksinterne Versetzungen kann sie, wenn möglich, einfach und flexibel handhaben, aber landesweit ist sie auf die Zusammenarbeit mit den anderen Personalreferenten an den Regierungspräsidien angewie-

Bericht des PhV-Landesvorsitzenden zur Lage

Der PhV-Landesvorsitzende Ralf Scholl erläuterte die gerade erst von der Landesregierung gekippte Isolationspflicht. Dabei können Kinder trotz eines positiven, privaten Corona-Tests die Schule besuchen. Bisher galt der Grundsatz: Wer krank ist, bleibt zu Hause. Dieser wird damit ausgehebelt. Zusätzliche Ansteckungen von Klassenkameraden und Lehrkräften, die nicht auf Abstand gehen können, sind damit vorprogrammiert. Neben einer schlechten Lehrerversorgung (der schlechtesten seit Jahrzehnten) gibt es bereits einen Krankenstand von rund zehn Prozent bei den Lehrkräften. Die nicht erkrankten Lehrkräfte werden so zusätzlich gefährdet. Wo bleibt die Fürsorgepflicht des Dienstherrn?

Die Problematik der ukrainischen Kinder in den VKL-Klassen, die demnächst in die regulären Klassen übernommen werden sollen, der G9-Volksantrag und die Erläuterungen der VERA 8-Ergebnisse vervollständigten den Bericht von Ralf Scholl über die Aktivitäten und Positionen des PhV auf Landesebene.

Kampf gegen den Beförderungsstau nach A14

Das konventionelle A14-Beförderungsverfahren im Mai 2022 war »dieses Jahr mangels Stellen« praktisch entfallen: Die allermeisten Kolleginnen und Kollegen, die sich eine Beförderung verdient hätten und »an der Reihe« gewesen wären, gingen leer aus. Gleichzeitig wurden die Schulleitungen aufgefordert, die rein theoretisch für dieses Beförderungsverfahren infrage kommenden Lehrkräfte zu beurteilen. »Durch die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten werden Lehrkräfte zielsicher demotiviert, und den Schulleitungen werden mit den dienstlichen Beurteilungen im Hinblick auf überhaupt nicht vorhandene

Schulvertreterversammlungen

Beförderungsstellen unnötige Aufgaben aufgebürdet«, monierte der PhV-Landesvorsitzende. Der Verband der gymnasialen Lehrkräfte fordert daher, die Hälfte der seit 2009 zusätzlich geschaffenen rund 3800 Studienrats-Stellen (A13) innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre in Oberstudienrats-Stellen (A14) umzuwandeln. »Nur mit diesen Stellenhebungen lässt sich der Beförderungsstau abbauen«, so Ralf Scholl.

Sinkende Attraktivität des Lehrerberufs

»Der Rückgang der Referendarzahlen von 1700 vor 3 Jahren auf aktuell 1200 sollte ein deutliches Warnsignal dafür sein, wie unattraktiv der Beruf einer gymnasialen Lehrkraft mittlerweile geworden ist«, so Ralf Scholl anschließend. Die Bezahlung der befristet beschäftigten Lehrkräfte über die Sommerferien lobte Ralf Scholl, aber gleichzeitig kritisierte er, dass die Referendare zu den Sommerferien entlassen werden und damit nicht einmal ihren gesetzlichen Urlaubsanspruch erhalten: Kein Referendar kann im zweiten Jahr der Ausbildung Urlaub machen. Die Ferien sind den Prüfungsvorbereitungen vorbehalten. Schon deswegen sollte das Referendariat bis mindestens Ende August bezahlt werden.

In der anschließenden Diskussion ging es unter anderem um die Angleichung der Angestelltenbezahlung an die Beamtenbesoldung. Ralf Scholl machte klar, dass es bei gleicher Tätigkeit netto um einen Gehaltsunterschied von mehr als 1000 Euro geht. Die Schulvertreter sprachen auch das Problem der Abwanderung der Schülerinnen und Schüler von den Gymnasien zu den Berufsschulen an, die in manchen Landkreisen zur Bedrohung für die Organisation der Oberstufe an Gymnasien wird. Ralf Scholl bat dazu um konkrete Zahlen, um diesem Problem weiter nachgehen zu können.

Informationen aus dem Hauptpersonalrat

Jörg Sobora, der Vorsitzende des HPR Gymnasien beim KM in Stuttgart, berichtete von laufenden Beschlussverfahren und gab einen Überblick über weitere Aktivitäten





des HPR. Die Mehrarbeit beim Fernunterricht, die Änderungen der Distribution der Abituraufgaben: Hier laufen Beschlussverfahren wegen Nicht-Beteiligung des HPR. Teilweise würden diese Themen vom Kultusministerium als »unerhebliche Mehrarbeit« abgetan, weshalb keine Beteiligung erforderlich sei, aber die Summe dieser Tätigkeiten ist aus Sicht des HPR dann doch erheblich. Weitere Themen des HPR, wie das schulbezogene Datenblatt, die Lernplattform itslearning, Ziel- und Leistungsvereinbarungen und den Referenzrahmen Schulqualität erläuterte Jörg Sobora.

Weitere Berichte aus Verbands- und Personalratsgremien

Die Kurzberichte zeugten von wieder sehr aktiver Verbandsarbeit in allen Bereichen, auch die Senioren konnten im vergangenen Jahr ihre Arbeit nach der Corona-Pause wieder aufnehmen und haben auch schon weitere Termine für das nächste Jahr geplant. Wie ein roter Faden zog sich der A14-Beförderungsstau durch die Kurzberichte: Hier wollen auch die Jungen Philologen eine Protestaktion starten. Die Beförderungs- und Aufstiegschancen an den Gymnasien müssen jedenfalls dringend verbessert werden!

Als Novum gab es auf der Schulvertreterversammlung ein Zeitfenster für den regionalen Austausch, bei dem es um verschiedene regional unterschiedliche Themen ging. Dabei ergaben sich einige interessante Ergebnisse: Ideen zur Unterstützung des G9-Volksbegehrens, zur Lösung von Problemen in der Region (Schulen ohne Schulvertreter), bessere Präsenz des Schulvertreters an der Schule, Einsatz von Werbemitteln, Organisation von Vorträgen, attraktiven Regionalversammlungen und vieles mehr wurden besprochen.

Insgesamt boten diese eineinhalb Tage, gerade auch im geselligen Teil am Abend in der Kellerbar, wieder die Möglichkeit des regionalen und überregionalen Austausches. Interessante Themen konnten angesprochen werden, Beschlüsse gefasst und neue Aufgaben in Angriff genommen werden. Schön, dass nach den vielen digitalen Online-Besprechungen in der Pandemie solche großen Präsenzveranstaltungen schon wieder »fast« normal sind!

> Yvonne Keppler, Schriftführerin im PhV-Bezirksvorstand Südwürttemberg

Thema aktuell

heute: DIE GRÜNEN

»Schlüssel ist die Ressourcensteuerung«

Die Herausforderungen in der Bildung sind vielfältig. Ein guter Grund, von den weltweit Besten zu lernen, findet Thomas Poreski, Bildungspolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg.

Wo liegen aus Ihrer Sicht die großen Baustellen an den Schulen im Land?

Seien wir ehrlich: Unsere Probleme sind seit vielen Jahren aufgelaufen. Dabei wissen wir aus der Bildungsforschung und aus der weltweiten Bildungspraxis, was wirklich wirkt. Wir müssen und können von den Besten lernen. Damit meine ich die Champions League, nicht nur die Bundesliga. Und es braucht die Bereitschaft für erfolgversprechende Veränderungen.

An was denken Sie genau?

Wir müssen uns noch stärker auf die Schülerinnen und Schüler und deren veränderte Lebensrealität konzentrieren. Die Welt und unsere Gesellschaft haben sich enorm verändert. Da meine ich die Digitalisierung, neuartige Kommunikationskanäle und den Overload an Medienangeboten. Dass Kinder und Jugendliche heute ganz anders aufwachsen als wir früher, müssen wir als gegebene Ausgangsbasis annehmen. Zu sagen »Dieses Kind funktioniert nicht, das ist hier verkehrt«, ist mir zu einfach. Wir sind es den jungen Menschen und unserer Gesellschaft, die heute schon unter Fachkräftemangel leidet, schuldig, uns um jedes einzelne Kind zu bemühen.

Klingt gut. Wie packen wir es an?

Ein Schlüssel für die notwendigen Entwicklungen ist die Ressourcensteuerung. Hier gibt es viele gute Ansätze - bundesweit und international. In Hamburg wurde vor 20 Jahren die Lehrkräfte-Arbeitszeit radikal reformiert. Man hat sich vom Deputats-



stunden-Modell verabschiedet, es zählen die tatsächlichen Aufgaben. Damit einhergehen muss eine Lehrkräftezuweisung anhand der realen Schülerzahl. Diese Ressource wandert ggf. bei Schulwechseln mit. Was wir damit erreichen? Sozial belastete Standorte mit vollen Klassen werden besser versorgt und es gibt Impulse für die regionale Schulentwicklung.

Die Ressourcenverteilung ist also zentrales Thema?

Es geht um eine konsequente Orientierung an den Aufgaben. Mögliche Maßstäbe können neben der Kontingentstundentafel die Anzahl der Lernniveaus sein, individuelle Förderansätze wie Lerncoaching oder die Beteiligung an Inklusion – die selbst wiederum ein Rucksackprinzip für sonderpädagogische Unterstützung und Schulbegleitung braucht. Der sozialen Lage vor Ort muss besser Rechnung getragen werden. In Hamburg bekommen Schulen mit einer sozial benachteiligten Schülerschaft bis zu fünfzig Prozent mehr Mittel. Bei Veränderungen im Kontext von G8 und G9 brauchen wir eine ergebnisoffene, aber auch ressourcenbewusste Debatte.

Inwieweit betreffen Probleme bei den Basiskompetenzen das Gymnasium?

Wir hören aus den Schulen, dass Lesekompetenz auch am Gymnasium ein Thema ist. Da hat sich in den Distanzlern-Phasen gezeigt, dass sich Schülerinnen und Schüler selbst zum Ende der Mittelstufe schwertun, selbstständig Materialien und Texte zu erschließen. Bisher wurden diese

Jugendlichen oft in klassischen Unterrichtssettings mitgezogen, ohne dass Probleme sichtbar werden - das hilft niemandem. Stabile Grundlagen für das Lernen sind in allen Schulformen ein Thema, dem wir uns gezielt widmen müssen.

Lehrkräfte sind Dreh- und Angelpunkt guter Schule. Gerade dominiert zunehmend ein Gefühl von Überlastung.

Neben den Ressourcen sehe ich zwei Dimensionen: die Professionalität der Beteiligten und ein kritischer Blick auf die Bürokratie rund um Schule. Die Aus- und Fortbildung der pädagogischen Profis erfordert dringend verbindliche und evidenzgesicherte Maßnahmen. Da muss es um dringliche Themen gehen, wie Leseförderung, Classroom-Management sowie den konstruktiven Umgang mit Heterogenität und Konflikten. Besonderes Augenmerk verdienen die Schulleitungsteams und die Schulaufsicht. Führungskompetenz ist für die Bildungsqualität im 21. Jahrhundert spielentscheidend. Hier geht es vor allem um die effiziente Steuerung von Prozessen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung.

Sie sagten Bürokratie?

Die Ausgestaltung von Dienstbesprechungen zum Beispiel ist inkonsistent. Da geht viel wertvolle Zeit verloren. Es kann nicht sein, dass Akteure in der Schulbürokratie Zuständigkeiten hin- und herschieben und dafür noch Unterricht ausfällt. Weiteres Beispiel ist das Korrekturverfahren im Abitur: Hier wurden während Corona ressourcenoptimierte Vorgehensweisen erprobt, die sich bewährt haben. Wir sollten stärker aus der Pandemie lernen – statt in Muster zurückzufallen, die angesichts der aktuellen Situation nicht mehr vermittelbar sind.

Das Interview führte Ulrike Felger, Wissenschaftliche Referentin von Dr. Thomas Poreski

Ist ein gesunder Lehrer_innen-Beruf möglich?

Lehrkräfte-Gesundheit aus Sicht der Psychosomatik

Bericht über einen Online-Vortrag von Prof. Dr. med. Claas Lahmann

Am 18. Oktober 2022 fand von 16:00 bis 17:30 Uhr Uhr eine Online-Veranstaltung des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg (ZSL) zur Lehrergesundheit statt. Unter dem Titel 'Ist ein ge*sunder Lehrer_innen-Beruf* möglich? Lehrkräfte-Gesundheit aus Sicht der Psychosomatik' war ein Vortrag von Prof. Dr. med. Claas Lahmann angekündigt. Die Zahl von etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigte, dass das Thema von groβem Interesse und die im Titel aufgeworfene Frage wohl nicht so einfach zu beantworten ist.

rof. Dr. med. Claas Lahmann ist ein ausgewiesener Spezialist für das Thema 'Lehrergesundheit': Er ist Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie am Universitätsklinikum Freiburg, Prodekan der Medizinischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Leiter des Projekts 'Lehrer:innen-Coachinggruppen nach dem Freiburger Modell', mit dem seit 2012 eine Kooperation im Rahmen des Gesundheitsmanagements für Lehrkräfte zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Uniklinik Freiburg besteht. Anhand seiner langjährigen eigenen Praxis und aktueller Zahlen stellte er in der Online-Veranstaltung die besonderen Belastungen des Lehrerberufs dar und zeigte Entlastungsmöglichkeiten auf.

Außerordentliche Belastungen des Lehrerberufs

Lehrkräfte berichten regelmäßig, dass die beruflichen Belastungen subjektiv



von Cord Santelmann Referent für Berufspolitik im Landesvorstand des PhV BW

zunehmen. Das lässt sich auch anhand von Zahlen objektiv untermauern. Laut Prof. Lahmann treten psychische und psychosomatische Beschwerden unter Lehrkräften häufiger als in vielen anderen Berufsgruppen auf: 30 Prozent der Lehrkräfte hätten Gesundheitsprobleme, 25 Prozent zeigten ein hohes Maß an Erschöpfung. Die klassischen 'Burnout-Marker' seien in der Lehrerschaft häufig vertreten, zum Beispiel Erschöpfung und Kopfschmerz. Kein Wunder, wenn 10 bis 20 Prozent der Lehrkräfte in den Vorruhestand gehen, davon 30 bis 50 Prozent aufgrund psychischer Störun-

Dabei pflegten Lehrkräfte Untersuchungen zufolge insgesamt sogar einen gesünderen Lebensstil und zeigten weniger kardiovaskuläre Risikofaktoren (außer Bluthochdruck) als andere Berufsgruppen. Auch sei der Krankenstand in der Lehrerschaft bemerkenswerterweise geringer als bei anderen Beschäftigten. Zudem seien die Frühpensionierungen von 60 Prozent im Jahr 2001 auf 19 Prozent in 2015 gesunken.

Kommentare der Teilnehmerschaft zu bemerkenswerten **Fakten**

Den Zuhörern gaben diese Angaben zu denken. So kommentierte ein Teilnehmer, die gesunkene Zahl der Frühpensionierungen sei wohl weniger einem besseren Gesundheitszustand älterer Lehrkräfte zu verdanken, als vielmehr den erheblich verschlechterten rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für Frühpensionierungen geschuldet. Zu dieser Auffassung passte der Hinweis von Prof. Lahmann, dass 2019 nur 30,7 Prozent der Lehrkräfte bei der Pensionierung die Regelaltersgrenze erreicht hatten. Wenn nicht einmal jede dritte Lehrkraft die Regelaltersgrenze im Dienst erreicht, sei das ein klarer Hinweis auf strukturelle Überlastung im Lehrerberuf, so ein weiterer Kommentar aus dem Teilnehmerkreis. Auch der vergleichsweise niedrige Krankenstand der Lehrerschaft ist womöglich kein gutes Zeichen, sondern vielmehr Hinweis auf problematisches Verhalten, den sogenannten 'Präsentismus': Damit ist gemeint, dass sich Lehrkräfte aufgrund ihres hohen Arbeitsethos trotz Krankheit zum Dienst schleppen, weil sie ihre Klassen mit Unterricht versorgen und ihre Kolleginnen und Kollegen nicht mit Mehrarbeit durch Vertretungsunterricht belasten wollen.

Besondere Belastungen durch die Pandemie

Prof. Lahmann wies zudem auf verheerende Mehrbelastungen durch die Corona-Pandemie hin: So berichteten 97 Prozent der Schulleitungen von gestiegenen Anforderungen ans Kollegium. 90 Prozent der Lehrkräfte fänden, dass der Unterricht anstrengender geworden sei, 84 Prozent der Lehrkräfte arbeiteten mehr, die Arbeitsbelastung der Schulleitungen habe sogar noch stärker zugenommen. Dies alles habe eine signifikante Zunahme von Burnout-Markern in der Lehrerschaft bewirkt.

Erklärungsmodelle: Warum ist der Lehrerberuf so belastend?

Prof. Lahmann ging dann der Frage nach, warum der Lehrerberuf dermaßen belastend sei. Die besondere Belastung resultiere aus der täglichen Auseinandersetzung mit sehr vielen



>> Prof. Dr. med. Claas Lahmann ist Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

anderen Menschen (Schülern, Kollegen, Schulleitung, Eltern), die zumeist hohe Anforderungen an die Lehrkräfte stellten. Emotionale Belastungen wie Wut, Ärger und Angst müssten täglich bewältigt werden.

Eine besondere Belastung bestehe auch darin, dass Lehrkräfte stets Fassung bewahren müssten und ihre Emotionen nicht frei artikulieren könnten. Lehrkräfte leiden Prof. Lahmann zufolge dabei nicht nur an den eigenen Problemen, sondern auch an den Problemen anderer (Kollegen, Schüler, Eltern ...). Es setze Lehrkräfte unter eigenen Druck, wenn sie Schüler erlebten, die unter Druck stehen. Dem Zuhörer kam dabei der Gedanke, dass G8 insofern nicht nur eine Belastung der Schülerschaft, sondern auch ein gesundheitlicher Risikofaktor für die Lehrkräfte ist.

Befragungen zeigten Prof. Lahmann zufolge, wie vielen Konflikten mit verbaler Aggression Lehrkräfte ausgesetzt seien: So berichteten 42 Prozent der Lehrkräfte in einer Studie über tägliche (!) Beleidigungen. Chronische soziale Konflikte seien aber ein bekanntes Krankheitsrisiko, insbesondere bei Gewalterfahrungen mit physischer Gewalt, psychischer Gewalt oder auch Cyber-Aggression im Internet bzw. 'sozialen' Medien. Über fünfzig Prozent der Lehrkräfte berichten laut Prof. Lahmann über psychische Gewalt an der Schule, über zwanzig Prozent über physische, fast dreißig Prozent über Cyber-Aggression.

Welche gesundheitlichen Unterstützungsmaßnahmen brauchen Lehrkräfte?

Eigentlich sei klar, wie Lehrkräfte unterstützt werden müssten, so Prof. Lahmann: Sie müssten präventiv über Risikofaktoren informiert und sensibilisiert werden. Bei akuten Gewalterfahrungen müsse rasch interveniert und behandelt werden. Dafür brauche man Spezialambulanzen mit traumatherapeutischer und arbeitspsychosomatischer Erfahrung. Laut einer Umfrage fühlen sich in Baden-Württemberg aber nur 65 Prozent der Lehrkräfte ausreichend unterstützt, auf Bundesebene seien es immerhin 81 Prozent. Es gibt im Ländle also noch reichlich Luft nach oben, was den mentalen Arbeits- und Gesundheitsschutz angeht.

Vier Modelle aus der Arbeitspsychosomatik

Prof. Lahmann stellte vier Modelle der Arbeitspsychosomatik vor, mit denen erklärt werden kann, welche Faktoren bei der Arbeit Belastungen produzieren und durch welche Stellschrauben diese reduziert werden können

1. Demand - Control

In diesem Modell werden die Anforderungen an den Arbeitnehmer dem Ausmaß an Kontrolle des Arbeitnehmers über die eigene Tätigkeit gegenübergestellt. Problematisch seien hohe Anforderungen bei wenig Kontrolle. Das treffe in gewissem Maß auf Lehrkräfte zu, die viele Regularien beachten müssten, zum Beispiel Bildungspläne, Stundenplan usw. – aber es gebe auch Freiheiten im Lehrerberuf, zum Beispiel bei der Arbeitsorganisation außerhalb des Unterrichts. Ideal seien Anforderungen, die die Lehrkraft selbst unter Kontrolle und im Griff hat.

2. Effort - Reward

Hier werden dem Arbeitseinsatz des Beschäftigten auf der einen Seite Lob und Anerkennung ('Gratifikation') durch Vorgesetzte, Schüler und Kollegen auf der anderen Seite gegenübergestellt. Ein Problem entstehe dann,

wenn der im Lehrerberuf typische hohe individuelle Arbeitseinsatz auf wenig oder keine Anerkennung treffe. Dies bezeichnet man dann als 'Gratifikationskrise'. Leider ist die Gratifikationskrise eine häufige Erfahrung von Lehrkräften, deren hohes Engagement mit geringer Wertschätzung, geringem gesellschaftlichen Status und kaum vorhandenen Aufstiegschancen kontrastiert. Wichtig wären jedenfalls Anerkennung und Unterstützung durch Vorgesetzte, Kultusverwaltung, Politik und Gesellschaft. Prof. Lehmann beschrieb eindrücklich, dass soziale Zurückweisung im Gehirn dieselbe physiologische Reaktion wie körperlicher Schmerz bewirke, also direkte psychosomatische Auswirkungen habe.

3. Organizational Justice

Dieses Modell beschreibt den Grad an erlebter Gerechtigkeit im Arbeitsleben. Subjektiv erlebte Ungerechtigkeit verkürze sogar die Lebenserwartung, wie eine Studie zeige. Enorme Bedeutung für die Lehrergesundheit habe also die Führungsqualität der Schulleitung. Es gehe dabei um folgende Gerechtigkeitsaspekte: distributive Gerechtigkeit (gerechte Verteilung von Ressourcen), prozedurale Gerechtigkeit (zum Beispiel bei Beurteilungen und Beförderungen) und schließlich interaktionale Gerechtigkeit (gerechte Behandlung bzw. Gleichbehandlung, zum Beispiel bei Redeanteilen in Konferenzen, Erreichbarkeit der Schulleitung). Transparentes, als gerecht erlebtes Schulleitungshandeln kann also effektiv die Lehrergesundheit fördern – und das vollkommen kostenneutral.

4. Psychological Safety

Dieses Modell beschreibt die Qualität der mentalen Gesundheit. Es werde im Berufsleben zwar viel für körperliche Arbeitssicherheit getan (Gefährdungsbeurteilungen, Sicherheitsvorschriften...), aber vergleichsweise wenig für die psychische Arbeitssicherheit. Eigentlich müsste die psychosoziale Qualität der Arbeit im Lehrerberuf viel mehr im Fokus stehen. Positive Faktoren für psychische Gesundheit seien zum Beispiel die Möglichkeit, die eigene Meinung frei äußern dürfen, soziale Empathie zu erfahren, Fehlertoleranz und -akzeptanz, aber auch Anerkennung für eigene Stärken und Leistungen zu erleben. Ein Mangel an psychologischer Sicherheit bei hohen Anforderungen erzeuge dagegen Angst.

Das Freiburger Coaching-Modell als effektive Gesundheitsschutzmaßnahme

Laut Prof. Lahmann ist es vor allem wichtig, die individuelle und organisationale 'Resilienz' (in etwa: Widerstandsfähigkeit) zu stärken. Gute Erfahrungen habe man dabei mit dem Freiburger Coaching-Modell gemacht. Seit 2012 gebe es dieses Programm in Baden-Württemberg, seit 2020 auch online. Beim Freiburger Coaching-Modell werde man in Kleingruppen mit sechs bis zwölf Teilnehmern fortgebildet, beraten und unterstützt. Die Leitung hätten geschulte Psychotherapeuten und Schulpsychologen. Die Schulungen fänden als Fortbildungsreihe oder auch als Kompaktseminar statt. Es gebe außerdem Sonderformate für Schulleitungsmitglieder, Kollegien und Fortbildner. Start sei meist im Herbst. Die Teilnahme sei für Lehrkräfte kostenlos. Informationen finde man unter https://lehrer-coaching gruppen.de/.

Die gute, nachhaltige Wirkung der Teilnahme sei nachgewiesen: Die Resilienz werde gestärkt und übertriebene Verausgabungsbereitschaft auf ein angemessenes Niveau normalisiert. Im Verlauf des Programms sinke die

Aktuelle Angebote der Gesundheitsförderung

Begleitung in der Berufseingangsphase

Zielgruppe: 1.-4. Berufsjahr Rollenfindung, Kompetenzerweiterung; 6 Ganztage

10plus

Zielgruppe: ab 10 Dienstjahren Tandems: Hospitation und Feedback; 1 Ganztag, 5 Halbtage

Gesund, kreativ und leistungsstark - Ihre Schule in die Zukunft

Zielgruppe: Schulleitungen; 7 Module à 3 Tage, regionale PLGs, 2 Jahre

Ressource Ich

Zielgruppe: Lehrkräfte; 1 Modul à 2,5 Tage

Schulinterne Gesundheitsmaßnahmen

Zielgruppe: ganze Kollegien; einmalig, auf Antrag

Päd. Fallbesprechung

Zielgruppe: Lehrkräfte, Schulleitungen; 8-10 Nachmittage: schulintern. schulartübergreifend

Lehrkräfte-Coachinggruppen

Zielgruppe: Lehrkräfte, Schulleitungen; 1,5 Tage oder 6 Nachmittage; Beziehungskompetenz

FB Arbeits- und Gesundheitsschutz:

Zielgruppe: Schulen; Beratung, Fortbildung, Organisation

>> Gesundheitsförderungsangebote für Lehrkräfte in Baden-Württemberg

Quote der gesundheitlich Belasteten von rund fünfzig Prozent auf etwa zwanzig Prozent. Damit diene das Freiburger Coaching-Modell auch einem gelingenden Unterricht.

Informationen und Ansprechpersonen zu allen Angeboten der Lehrkräfte-Gesundheit in Baden-Württemberg finden sich auf den Webseiten der Regionalstellen oder der ZSL-Zentrale https://zsl-bw.de/,Lde/Startseite/lernenueberall/lu-unterstuetzungsangebote bzw. hier: https://kurzelinks.de/w4s3.

Resilienz allein reicht nicht: Die Rahmenbedingungen von Lehrerarbeit müssen verbessert werden!

Ein persönlicher Kommentar zum Abschluss: Die Resilienz der Lehrkräfte und Schulen durch Verhaltensänderung zu fördern, ist natürlich gut und wichtig. Wenn die äußeren Verhältnisse aber, also Klassengrößen, Unterrichtsverpflichtung und sonstige Anforderungen, in gesundheitsgefährdendem Maße belastend sind, reicht das bei weitem nicht. Dann müssen auch die Verhältnisse, nicht nur das Verhalten der Beschäftigten geändert werden. Der Dienstherr muss deshalb neben der herkömmlichen, durch Fortbildungen und Gesundheitstage betriebenen Verhaltensprävention endlich auch eine echte Verhältnisprävention in Gang setzen. Nur durch eine erhebliche Verbesserung der Rahmenbedingungen von Lehrerarbeit, also durch eine deutliche Reduktion von Klassengröße und Unterrichtsverpflichtung, durch mehr Anrechnungsstunden für Sonderaufgaben, durch eine verbesserte Altersermäßigung und ein Altersteilzeitmodell für alle Beamten und angestellten Lehrkräfte können wir die eingangs erwähnten alarmierenden Kennzahlen zur Lehrergesundheit wieder in den grünen Bereich bringen. Nur dann wird es der großen Mehrheit der Lehrkräfte gelingen, die Altersgrenze im aktiven Berufsleben zu erreichen. Das wäre dann wirklich wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz im Schulbereich.



Vereinbarkeit von Familie und gymnasialem Lehramt

Wollt ihr uns nicht?

In den Sommerferien und am Beginn des Schuljahres liefen mein Postfach voll und mein Telefon heiß: Insbesondere Kolleginnen mit kleinen Kindern oder zu pflegenden Eltern meldeten in großer Verzweiflung Stundenpläne, die sie nicht erfüllen können. Wie steht es um die Vereinbarkeit von Familie und gymnasialem Lehramt 2022? Sind Kolleginnen und Kollegen mit Familienpflichten unbequem und nicht gewollt?

n den letzten fünfzehn Jahren zeichnen sich zwei Entwicklungen ab: Einerseits eine signifikante Verjüngung unserer Kollegien sowie eine zunehmend weibliche Gymnasiallehrerschaft. Andererseits sollten durch Elterngeld und Betreuungsmöglichkeiten gerade gebildete Frauen dazu motiviert werden, Kinder zu bekommen. Zumindest teilweise scheint das auch funktioniert zu haben. Heute zeigt sich allerdings, dass das System Schule wohl nicht mit dem Zusammentreffen der beiden Entwicklungen gerechnet hat. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch 2022 oft nur ein sehnlicher Wunsch, aber keine Realität! Gleichzeitig wird flächendeckender Unterrichtsausfall konstatiert und eine hohe Teilzeitquote bei Lehrkräften von Seiten der Politik moniert.

Schrittweiser Wandel in Kollegien

Als ich 1998 als Referendarin ans Gymnasium kam, war diese Schulform noch eine Bastion der Lehrer. Aufgrund des bekannten Schweinezyklus bei den Einstellungen gab es kaum junge Kolleginnen und Kollegen. In den folgenden Jahren wurden immer mehr Lehrkräfte eingestellt zunehmend Frauen. Diese waren aber häufig bald wieder weg, weil sie Kinder bekamen und mehrere Jahre Erziehungsurlaub nahmen. Die Männer blieben – in Vollzeit.

Generation Elterngeld

Einen Wendepunkt in dieser Entwicklung stellte 2007 die Einführung von Elterngeld und Betreuungsangeboten für Kinder ab einem Jahr dar. Bald schon wurden die neuen Möglichkeiten auch von Lehrkräften gerne genutzt: Viele Väter nahmen zumindest zwei Monate Elternzeit, sehr viele Mütter kamen nach einem Jahr wieder zurück an die Schule. Das Dienstrechtsreformgesetz von 2011 erweiterte die Möglichkeit der Beurlaubung von Eltern bei kranken Kindern¹ und unterstützte diese neue Berufs- und Familienwelt. Im Chancengleichheitsgesetz von 2016 wurde Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Aufgabe der Schulleitung – mit wachsamem Auge von der Beauftragten für Chancengleichheit und dem Personalrat – implementiert. Paragraph 29 ChancenG2 stellt die rechtliche Grundlage für Anträge dar, die Stundenpläne mit Familienpflichten vereinbar machen soll.

Das klingt nach einer Erfolgsgeschichte für die Generation Elterngeld. Und: Viele Studierende der Generation Z gehen davon aus, dass gerade der Lehrerberuf geeignet ist, Beruf und Familie in Einklang zu bringen. In unserer Gesellschaft und leider auch unter politischen Entscheidungsträgern wird zudem noch gern das Vorurteil gepflegt, dass Lehrkräfte morgens Recht haben und nachmittags frei – und unfassbar viel Urlaub, weil ja Ferien mit Freizeit gleichgesetzt werden.

Wir alle wissen: Das hat mit unserer Realität nichts zu tun! Aber wie sieht unsere Lage heute aus? Warum fließen zunehmend Tränen bei Lehrkräften, die mit ihrer Schulleitung keine Vereinbarkeit von Dienst und Dasein als Mutter, Vater oder Kind von pflegebedürftigen Eltern hinbekommen? Warum reduzieren auffällig viele Mütter ihre Lehraufträge wieder, obwohl sie gern mehr arbeiten würden?

Zu viele Anträge – zu wenig Spielräume

Eine Erklärung ist sicherlich die Überforderung der Schulen mit dem gesamtgesellschaftlichen Trend und der Altersstruktur der Kollegien: Die fehlenden Möglichkeiten, um auf alle Situationen und Anträge nach Paragraph 29 ChancenG angemessen reagieren zu können, ergeben sich auch aus ihrer schieren Zahl. Viele Kolleginnen und Kollegen werden mehr oder weniger gleichzeitig Eltern und gehören dabei zur Generation Elterngeld. Das heißt, Mütter kehren früher an den Arbeitsplatz zurück, zum Beispiel in unterhälftiger Teilzeit, und Väter nehmen Elternzeit-Monate.



Das macht Stundenplanung sicher nicht einfacher. Zudem spielen Anträge, die zur Versorgung und Pflege von Eltern gestellt werden, wieder zunehmend eine Rolle. Anträge konkurrieren quasi.

Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Es lohnt sich der Blick auf berufs- und bildungspolitische Veränderungen der letzten Jahrzehnte, um sich unserer heutigen Lage bewusst zu werden.

Reformen und ihre Auswirkungen

Nicht zuletzt die Einführung des flächendeckenden achtjährigen Gymnasiums und häufig damit verbunden des Doppelstunden-Modells haben Stundenpläne von Schülerinnen und Schülern, aber eben auch von Lehrkräften nachhaltig verändert. Eine freie erste Stunde, um Kinder in der Kita abgeben zu können, bedeutet seitdem häufig Unterrichtsbeginn der Lehrkraft erst zur dritten Stunde. Und das geht je nach Deputat nicht jeden Tag. Zudem hat die Anzahl der Stunden, die nachmittags stattfinden, massiv zugenommen. Einrichtungen, die Kinder täglich bis 17:00 Uhr oder gar länger betreuen würden, sind aber noch immer rar. Der akute Personalmangel in KiTas und Kindergärten verschlechtert sogar die Situation in vielen Gemeinden wieder. Garantierte Betreuungsplätze, wie große Unternehmen sie für die Kinder ihrer Mitarbeitenden bereithalten, sucht man für Lehrerkinder vergebens.

Die neue Oberstufe, die aus vielen Gründen von uns begrüßt wurde, erschwert die Schienenplanung an vielen Schulen massiv. Für Lehrkräfte, die in der Oberstufe unterrichten (wollen), ist vieles bereits im alten Schuljahr zementiert und die Stundenplaner haben nur noch wenig Gestaltungsspielraum.

Steigerung der Arbeitszeit und Arbeitsbelastung

Nicht allein die 25. Stunde hat die Arbeitszeit von Lehrkräften ausgeweitet. Unser gesamtes Berufsbild hat sich in

den letzten zwanzig Jahren massiv verändert. Schon immer mussten wir pünktlich unseren Unterricht beginnen und konnten nicht auf Gleitzeitregelungen bauen. Aber während Personen, die in der Wirtschaft arbeiten, dies immer häufiger von Zuhause aus erledigen, ist unsere Präsenz an der Schule massiv gestiegen: Ganztag, GLK, pädagogische Konferenzen, Fachsitzungen, Steuerungsgruppe, Arbeitsgruppen, Tag der offenen Tür, Dienstbesprechungen mit FBA, Absprachen in der Kurs- und den Klassenstufen, Bildungsplanarbeit in der Schule (Schulcurriculum) und nicht zuletzt (von Stundenplanern bewusst geplante?) Hohlstunden, die für Vertretungsstunden kurzfristig verplant werden können.

Auch fehlende Pausen wegen Absprachen oder von uns zu erfüllender Zusatzjobs erhöhen die Arbeitsbelastung – und steigern den Umfang als unteilbar angesehener Aufgaben massiv. Die Vorstellungen des ZSL zu Fortbildungen sind hier noch gar nicht mitgedacht.

Hinzu kommt eine von vielen am Schulleben Beteiligten mitgestaltete Entgrenzung unserer Arbeitszeit. Die digitale Kommunikation verführt zur Erreichbarkeit 24/7 und schürt Erwartungshaltungen – von Seiten der Schulleitung, der Eltern, anderer Lehrkräfte und natürlich der Schülerinnen und Schüler.

Unterricht vorbereiten, korrigieren, Notengebung und pädagogisches Wirken am einzelnen Kind treten in den Hintergrund. Das stresst alle – egal in welcher privaten Situation man ist. Ich ertappe mich nicht selten bei dem Gedanken, dass ich nach Konferenzen nach Hause komme - und jetzt erst einmal etwas für die Schule arbeiten muss. Vieles frisst Zeit, fühlt sich aber gar nicht nach unserem eigentlichen Beruf an. Es sind aber mit den Jahren immer mehr Stunden, die wir mit scheinbar 'unteilbaren Aufgaben' verbringen – die nicht Unterricht sind.

Auch die Ferien, die schon immer Korrekturphasen und Zeit zum Vorbereiten beinhalteten, werden zusehends zentral verplant. Das neue Schuljahr beginnt an vielen Schulen

schon mit Sitzungen in der letzten Sommerferienwoche und der Schulanfangs-GLK am Freitag. Dass die Drittkorrekturen des Abiturs in den letzten Jahren auf ein 'verlängertes Wochenende' gefallen sind, wurde ohne Wimpernzucken vom Dienstherrn tradiert.

Positive Entwicklungen

Während früher die Stundenpläne häufig erst am Montagmorgen nach den Sommerferien fertig waren, liegen Deputate und sogar Stundenpläne heute schon Wochen vor Unterrichtsbeginn bereit. Das schafft Planungssicherheit und ist gerade für junge Eltern wichtig. An vielen Schulen bemühen sich Schulleitung, ÖPR und Beauftragte für Chancengleichheit um eine sinnvolle Berücksichtigung von Anträgen bzgl. der Stundenplangestaltung. Vielen Dank an alle, die sich hier engagieren und Lösungen finden!

Aber: Selbst bei guten Stundenplänen, verständnisvoller Schulleitung und solidarischem Kollegium sind heute sogar Teilzeitlehraufträge kaum noch mit Betreuungszeiten und anderen Rahmenbedingungen vereinbar. Über die Arbeitszeit und Freizeit von Lehrkräften wird zunehmend ungeniert verfügt. Die ehemaligen Vorreiter des Homeoffice werden in ein Korsett aus Absprachen und Präsenzterminen gezwängt. Die operativ eigenständige Schule geht zu Lasten der operativ eigenständigen Lehrkraft.

Wenn die Unterrichtsversorgung landauf, landab ein Problem darstellt, sollte dann nicht schon allein deshalb das Unterrichten wieder ins Zentrum unserer Arbeit gestellt werden? Ein Zuviel an allem jenseits des Unterrichts vertreibt – neben fehlender Verlässlichkeit und Planbarkeit – jetzt schon Lehrkräfte von ihren Arbeitsplätzen. Nicht, weil sie nicht wollen, sondern weil sie nicht (mehr) können. Ob die Generation Z das mitmachen wird? Claudia Grimm

¹ Beachten Sie zur aktuellen Rechtslage das neue Infopapier im Mitgliederbereich des PhV BW: Mein Kind ist

² Einen Musterantrag gemäß § 29 ChancenG mit Erläuterung der rechtlichen Rahmenbedingungen finden Sie ebenfalls online

Einsparung von CO₂ durch die Sammlung von Schmelzsicherungen zum Recycling



n jedem Haushalt befinden sich NH/HH-Sicherungen, um die Stromanschlüsse vor Überlastung zu schützen. Eine solche Sicherung enthält reines Kupfer und Silber, die bei fehlendem Recycling im Müll landen würden. Durch ein Recycling solcher Sicherungen kann viel CO₂ eingespart werden und der Abbau von Roherz zur Gewinnung von Edelmetallen verringert werden.

Der Fachverband für Elektro- und Informationstechnik Baden-Württemberg rief mit dem Kultusministerium Baden-Württemberg ein Gemeinschaftsprojekt ins Leben, das sich dem Recycling dieser Sicherungen widmet. Das Projekt verfolgt das Ziel, dass die Auszu-

bildenden der Elektrotechnik in ihren Ausbildungsbetrieben die ausgetauschten Sicherungen sammeln und diese zu den Sammelstellen an den Berufsschulen bringen.

Gerade die Schülerinnen und Schüler im Bereich der Elektrotechnik kommen in ihrem Arbeitsalltag täglich mit diesen Sicherungen in Kontakt. Um möglichst viele helfende Hände zu gewinnen, habe ich Unterrichtsmaterialien erstellt, um die Auszubildenden der Elektrotechnik auf das Recyclingprojekt aufmerksam zu machen. Die von mir erstellten Unterrichtsmaterialien wurden durch das Kultusministerium an die Berufsschulen mit dem Bereich Elektrotechnik verteilt.

Die Unterrichtsmaterialien veranlassen dazu, die Vorteile des Recyclings dieser Sicherungen für die Umwelt zu erarbeiten und in die Praxis umzusetzen. Als sichtbares Ergebnis wurden im Juli insgesamt vier Tonnen gesammelte Sicherungen im Umweltministerium im Beisein der Kultusministerin Theresa Schopper und der Umweltministerin Thekla Walker an den NH/HH Recycling e.V. übergeben. Dieses Recycling ermöglicht die Rückgewinnung von Silber und Kupfer mit einer daraus resultierenden Einsparung von sieben Tonnen CO2.

Für mich war es eine große Freude, durch die Lernmaterialien zum Erfolg dieses wichtigen Umweltschutzprojektes beizutragen. Victoria Dördelmann

Ziel- und Leistungsvereinbarungen in der **Feinabstimmung**

ie bereits den Pressemitteilungen von Staats- und Kultusministerium zum Jahresende zu entnehmen war, wird 2023 ein besonderes Augenmerk auf die Steigerung der Bildungsqualität in unserem Land gelegt werden. Ein zentraler Baustein sollen in diesem Zusammenhang die Zielund Leistungsvereinbarungen



Michael Belz. für Sie im HPR außerschulischer Bereich

(ZLV) werden, die im Rahmen regelmäßiger Statusgespräche zwischen Schulaufsicht und Schulleitungen zukünftig erfolgen sollen.

Diese befinden sich derzeit noch in der Feinabstimmung zwischen den Hauptpersonalräten und dem Kultusministerium. Der HPR asB hat sich in diesem Zusammenhang dafür eingesetzt, dass nicht zwingend am Ende jedes Statusgespräches zwischen Schulaufsicht und Schulleitung auch eine ZLV stehen muss - sondern nur dort zum Zuge kommen soll, wo sie auch Sinn macht. Für eine Schule, die bereits »erfolgreich läuft«, braucht es in der Regel keine neue ZLV. Wenn das Verfahren so effizient in der Praxis umgesetzt wird, dürfte das zu einer deutlichen Entlastung sowohl der Schulaufsicht als auch der Schulleitungen führen.

Schulen, bei denen es aktuell »noch nicht so gut läuft«, sollte - eigentlich bereits beim Statusgespräch - ein entsprechendes passgenaues Unterstützungsangebot durch die Schulaufsicht angeboten werden können. Hier hakelt es in der Praxis noch gewaltig an der künstlich geschaffenen Bruchstelle zwischen Aufsicht und dem für die Unterstützungsleistungen zuständigen ZSL. Der HPR asB hat darauf hingewiesen, dass für die erfolgreiche Umsetzung einer ZLV hier zeitnah noch eine Prozessklärung erfolgen muss, wie ein bedarfsgerechtes Unterstützungsangebot organisiert werden kann.

Neu im erweiterten Vorstand

Durch den Rücktritt eines Mitglieds aus dem erweiterten Vorstand im HPR asB wurde eine Nachwahl erforderlich. Michael Belz schließt zum Jahresende die entstandene Lücke und wird dort schwerpunktmäßig die Interessen der beruflichen und gymnasialen Seminare vertre-

AGORA - Marktplatz für Ideen

GORA - Marktplatz für Ideen so heißt ein neues monatliches, digitales Veranstaltungsformat des Deutschen Philologenverbandes, das dem Informationsaustausch zwischen den verschiedenen PhV-Landesverbänden dient. Bei der dritten Auflage am 24. November 2022 standen die Aktivitäten in den sozialen Medien im Mittelpunkt, Unter den insgesamt rund zwanzig Teilnehmern war der Philologenverband Baden-Württemberg mit seinen beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Martina Scherer und Karin Fetzner sowie mit Carolin Gleich und Steffen Kottmann von der Landesgeschäftsstelle vertreten. Sie konnten wertvolle Impulse, Anregungen und Hinweise für ihre Arbeit im Bereich der sozialen Medien mitnehmen. Der Philologenverband Baden-Württemberg ist dort mit eigenen Kanälen auf Facebook, Instagram und Twitter aktiv.

Die Themen der AGORA-Konferenzen sind sehr vielfältig: Beim Termin im Oktober wurde über die Durchführung von Mitgliederumfragen gesprochen, Planungshinweise, Tools, und Tipps geteilt und über Erfahrungen referiert. In den nächsten Sitzungen stehen folgende Punkte an: Der Umgang mit Flüchtlingskindern soll reflektiert werden und auch Ideen und Strategien zum Personalratswahlkampf wollen wir untereinander austauschen. Weitere Fragen und Themenvorschläge werden gerne entgegengenommen. Wie im antiken Griechenland ist die Agora im Philologenverband eine wunderbare Gelegenheit zur Kommunikation unter Freunden!

Steffen Kottmann



Der Philologenverband BW im Gespräch mit ...

... Kultusministerin Theresa Schopper und dem Gymnasialreferat im KM

m 16. November 2022 trafen sich Kultusministerin Theresa Schopper, Claudia Stuhrmann und Jan Alexander Wohlgemuth mit Ralf Scholl, Steffen Kottmann und Karin Fetzner vom Philologenverband, kurzfristig nur virtuell, weil die Ministerin noch zeitnah einen anderen Termin hatte.

Das wichtigste Gesprächsthema waren aus aktuellem Anlass natürlich die VERA 8-Ergebnisse und das Abschneiden der verschiedenen Schularten dabei, mit dem speziellen Blick auf die GMS im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern in analogen Niveaus im differenzierten Schulsystem. Eine Diskussion über die spezielle Art von Pädagogik an GMS schloss sich an, die divergente Sichtweisen offenbarte. Von Seiten des PhV wurde deutlich auf die demotivierende Situation insbesondere der gymnasialen Lehrkräfte an GMS hingewiesen, die häufig auf eine in großer Mehrheit nicht-gymnasiale Schülerschaft treffen und deren oft mehrfache Versetzungsanträge zurück zum Gymnasium regelmäßig abgewiesen werden. Bei Bewerbungen auf schulscharfe Stellen am Gymnasium wird diesen Lehrkräften dann zudem negativ angekreidet, dass sie keine Erfahrungen in der

Oberstufe haben. Eine Folge dieser ausweglosen Situation waren schon Kündigungen des Beamtenverhältnisses, um gesundheitliche Folgen zu vermeiden und wieder bessere Lebensperspektiven zu bekommen. Das kann nicht die Lösung sein. Hierfür muss der Dienstherr andere Lösungen finden, um seiner Fürsorgepflicht zu genügen.

Von PhV-Seite wurde wiederholt schon kritisiert, dass am Gymnasium in den letzten Jahren durch den 'Schweinezyklus' und daraus folgenden fehlenden Pensionierungen kaum noch Beförderungsmöglichkeiten nach A14 bestehen. Das demotiviert viele Kolleginnen und Kollegen. A13-Stellen wurden notwendigerweise geschaffen, A14 nicht, der Stellenkegel nicht bereinigt. Es wäre dringend notwendig, dass der Dienstherr durch Stellenhebungen über einen längeren Zeitraum das Missverhältnis von A13zu A14-Stellen beseitigt, so wie es in anderen Bereichen im öffentlichen Dienst schon geschehen ist.

Neben weiteren Themen sprachen wir noch das Problem 'Schulkonto' an, denn für die Abwicklung der Zahlungen für Schullandheimaufenthalte, Exkursionen. Studienfahrten usw. haben die verantwortlichen Lehrkräfte bis jetzt keine wirklich rechtssichere Möglichkeit, wohin die Gelder überwiesen werden können. Das Privatkonto darf es aus guten Gründen nicht sein, aber zweckgebundene Treuhandkonten sind schwierig zu eröffnen und oftmals nicht kostenfrei. In dieser Fragestellung dürfen die Lehrkräfte von der Schulverwaltung nicht alleine gelassen werden.

Karin Fetzner



>> Der PhV BW im virtuellen Gespräch mit dem Kultusministerium

... dem IBBW

m 16. November 2022 konnten sich Dr. Günter Klein, Dr. Benjamin Tiede und Dr. Johannes Schult vom Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) mit Ralf Scholl und Karin Fetzner vom Philologenverband Baden-Württemberg in einem Gespräch vor Ort beim IBBW über aktuelle Fragestellungen austauschen.

Zunächst wurde die Verortung des neuen Referenzrahmens Schulqualität diskutiert, der ab Herbst 2022 vom IBBW zu seiner Endfassung entwickelt wird und der zurzeit in einer Anhörungsphase ist. Die Verantwortlichkeit liegt beim Kultusministerium. Um die Qualität der schulischen Bildung zu verbessern, sieht es das Kultusministerium als notwendig an, ein gemeinsames Verständnis davon zu haben, was guter Unterricht und gute Bildung ist quer über alle Schularten hinweg. Nach Dr. Klein sind die Kriterien alle wissenschaftlich begründet, der Qualitätsrahmen sei ein Meilenstein in der Qualitätsentwicklung und biete eine 'Landkarte' zur Orientierung. Ab dem Schuljahr 2023/2024 tritt er in Kraft.

Ein anderes großes Arbeitsgebiet am IBBW sind die verschiedenen Tests wie VERA und Lernstand. Die für Baden-Württemberg wieder enttäuschend ausgefallenen IOB-Ergebnisse geben Anlass zur Frage, wie man das Problem an der Wurzel packen kann, d. h. ob es nicht sinnvoll wäre, schon im Kindergarten eine frühkindliche Diagnostik zur Sprachentwicklung einzuführen, die dann auch zu gezielten und verpflichtenden Fördermaßnahmen führt, um die Startbedingungen zu verbessern. Hier stößt das IBBW an seine Grenzen, weil es schlicht nicht für frühkindliche Bildung zuständig ist, sondern erst ab dem Schulalter.

Natürlich waren auch die VERA 8-Ergebnisse ein Thema, die vom Philologenverband einer intensiven Analyse unterzogen worden waren, mit nicht von allen Seiten positiver Resonanz, denn es zeigten sich - je nach Schulart - deutliche oder gar sehr große Schwächen. Ein Problem bei diesen Vergleichsarbeiten wurde von Lehrkräften schon öfter genannt: Dadurch, dass die Vergleichsarbeiten nicht benotet werden, nehmen manche Schülerinnen und Schüler sie nicht ernst. Man könnte darüber nachdenken, diese Tests (zum Beispiel alle zwei Jahre) nach Art der früheren zentralen Klassenarbeiten, die in Klasse 10 im G9 zu schreiben waren, benotet einzusetzen. Damit wären auch die Lehrkräfte in den betreffenden Fächern entlastet, die eine schriftliche Arbeit weniger konzipieren müssten. Zudem hätte dieses Vorgehen landesweit eine normierende Wir-

Eines hat sich aber über alle Schularten hinweg gezeigt: In Deutschland fehlt eine breite Spitze bei den Schülerleistungen, hier besteht ein großer Handlungsbedarf, um im internationalen Wettbewerb in Zukunft besser dazustehen. Eine größere Anerkennung

und Wertschätzung von Leistung wäre ein erster Schritt in Richtung einer wirksamen und dringend notwendigen Spitzenförderung.

Das IBBW ist bei der Erstellung der Abituraufgaben federführend, genauso wie auch bei anderen Abschlussprüfungen wie beispielsweise dem Mittleren Bildungsabschluss, Die Verantwortlichen sind gerne bereit, zu der Aufgabenstellung bei diesen Prüfungen Rückmeldungen entgegenzunehmen, so dass wir Lehrkräfte als Praktiker bei Bedarf nicht zögern sollten, ein Feedback zu geben.

Genau das Feedback und der Gedankenaustausch zu den verschiedensten Punkten in der Schulpraxis sind auch die Gründe, warum die regelmäßigen Gesprächstermine von beiden Seiten, dem IBBW und dem Philologenverband Baden-Württemberg, sehr geschätzt werden. **Karin Fetzner**

Der PhV BW unterwegs

BBW Gewerkschaftstag

m 7. und 8. Dezember 2022 tagte in der Filderhalle Leinfelden-Echterdingen der Gewerkschaftstag des BBW. Dieser ist das höchste Gremium im Beamtenbund Baden-Württemberg, das alle fünf Jahre tagt. Der Philologenverband Baden-Württemberg war mit einer starken Delegation von achtzehn stimmberechtigten Delegierten vertreten.

Wichtigste Aufgabe des Gewerkschaftstags ist die Wahl der Landesleitung. Dabei wurde als Vorsitzender der Amtsinhaber Kai Rosenberger mit einem eindrucksvollen Votum von rund neunzig Prozent der abgegebenen Stimmen bestätigt. Bei den weiteren Wahlen für insgesamt sechs Stellvertreterposten hatte sich unser Vorstandsmitglied Cord Sandelmann dankenswerterweise zur Verfügung gestellt und dadurch die Bedeutung der Lehrerverbände innerhalb des Beamtenbundes hervorgehoben. Leider konnte er bei acht Bewerberinnen und Bewerbern für fünf Positionen nicht genügend Stimmen erzielen, so dass die Bildungsgewerkschaften letztlich nur durch Tina Stark vom Berufsschullehrerverband in der neuen Landesleitung vertreten sind.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war auch die Behandlung von über 100 Anträgen. Unter den zahlreichen Anträgen, die angenommen wurden, waren auch Anträge des Philologenverbands Baden-Württemberg unter anderem zu folgenden Themen:

- Lehrkräfteeinstellung zum 1. August eines Kalenderjahres statt Mitte September zu Schuljahres-
- Forderung nach Einrichtung von Konten für die Abrechnung außerunterrichtlicher Veranstaltungen durch den Dienstherrn
- Forderung nach Entfall der A1-Bescheinigung bei Klassenfahrten ins Ausland
- Digitale Souveränität
- Reduzierung der Wochenarbeitszeit und damit verbunden eine Reduzierung der Wochenunterrichtsstundenzahl.

Aktive Senioren im Bezirk Südwürttemberg



iedlingen war das Ziel unseres ersten Treffens, weil es zentral in unserem Bezirk liegt und von allen gut erreichbar ist. Mit einem Umtrunk auf der Terrasse des 'Rosengartens' begann ein wunderschöner, sonniger und erlebnisreicher Tag. Nach dem Mittagessen entführte uns Prof. Aßfalg in vergangene Zeiten. Er kennt jeden Winkel der Stadt und hat uns auf sehr unterhaltsame Weise durch

Klosterkirchen und das Heimatmuseum 'Alte Stiege' geführt, garniert mit vielen Anekdoten. Wir blicken auf einen gelungenen und harmonischen Auftakt zurück mit einer ausgezeichneten Atmosphäre, vielen interessanten Gesprächen und Ideen.

Bereits im Oktober trafen wir uns wieder in Stuttgart im Landtag. Karl-Wilhelm Röhm als langjähriges Mitglied des Landtags zeigte uns zusammen mit dem Besucherdienst seine ehemalige Wirkungsstätte und führte uns sogar durch den 'Stuttgarter Weg' unterirdisch ins Abgeordnetenhaus. Dort wurde lebhaft mit Dominik Ohly vom parlamentarischen Beratungsdienst der CDU im Bildungsbereich diskutiert. Im Landesmuseum im Alten Schloss erlebten wir die Kulturgeschichte Württembergs im Zeitraffer, mit Ausklang im historischen Café Dürnitz.

Wir freuen uns schon auf unser nächstes Treffen, das diesmal in Ulm stattfinden wird. Geplant ist neben einer Münsterführung ein Vortrag zum 'Digitalen Nachlass'. Durch unsere gute Kooperation mit Seniorenverband und Senioren im bbw gibt es wie immer auch von dieser Seite die neuesten Infos, und es wird genügend Zeit für ein gemütliches Zusammensein geben. Sie können sich gerne den Termin schon mal vormerken: Dienstag, 28. März 2023.

> Claudia Schnitzer und Sieglinde Selinka, Referat Senioren im Bezirk Südwürttemberg





Auflage: 20+3, numm c-print, 40,8 x 33 cm

KUNST KAUFEN – KINDERN HELFEN!

Bekannte Künstler haben exklusiv für die SOS-Kinderdörfer Werke geschaffen.

Mit dem Kauf eines limitierten Kunstwerks aus unseren SOS-Editionen unterstützen Sie Projekte der SOS-Kinderdörfer weltweit.

Auf der Internetseite www.sos-edition.de finden Sie eine Übersicht aller Kunstwerke der SOS-Edition weltweit.



dbb Gewerkschaftstag in Berlin

Der Philologenverband Baden-Württemberg war mit seinen Delegierten beim dbb Gewerkschaftstag vom 27. bis 30. November 2022 in Berlin für seine Mitglieder unterwegs.



>> Die Delegierten des PhV BW mit Kai Rosenberger, dem Vorsitzenden des BBW (hintere Reihe rechts)



>> Die Delegation des PhV BW gemeinsam mit unserer Bundesvorsitzenden des DPhV, Prof. Susanne Lin-Klitzing, beim Gewerkschaftstag des dbb in Berlin (2. von rechts)

Gymnasium Baden-Württemberg 1-2/2023

23

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion

Schriftleiter: Enver Groß [E.G.] | enver.gross@phv-bw.de | Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Redaktionsteam

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] | Bettina Hölscher [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] | Anne Käßbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] | Richard Zöller [R.Z.]

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Tel.: 0711 2396250 | Fax: 0711 2396277 | info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag | dphv-verlagsgesellschaft mbh | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 0211 3558104 | Fax: 0211 3558095 dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung (s. Umschlagseite 4)

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2022 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)								
Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14		17,55 Euro A 13/E 3		L4 20,64 Euro			
	A 14/E 15 22	50 Euro	A 15/E 15Ü 25,	18 Euro	A 16 und darül	per 27,87 Euro		
Feste Beitragssätze	Studenten	0,00 Eur	o Referendare	4,13 E	uro Pensionäre	10,32 Euro		



Ort, Datum

Beitritts	serklarung				
lch erkläre hiermit	t meinen Beitritt zum Phi	lologenverband Baden-W	/ürttemberg ab		
		Name, Vorname			
	Straße Hausnummer, PLZ Ort			GebL)atum
			☐ lch wü	insche den PhV-N	ewletter (kostenlos
Telefon		E-Mail			
Status (bitte genaue Angak	oen):				
☐ Beamte/r, Amtsbezeichnur	ng A 🔲 Arbeitne	hmer/in, Entgeltgruppe E	☐ Studier	nreferendar/in	☐ Student/ir
Dienststellur	ng (StR,)	Fäche	rkombination	Depu	ıtat in Wochenstunder
		Schulname, Schulort			
SEPA-Lastschriftm					
Philologenverband Baden-Wü Gläubiger-Identifikationsnumm	0.	3 Mandatsreferenz: Die Ma	andatsreferenz wird s	separat mitgeteilt	
Hiermit ermächtige ich den Philol ich mein Kreditinstitut an, die vor	_	0. 0			n. Zugleich weise
Hinweis: Ich kann innerhalb von s	sechs Wochen, beginnend mit o	0 0	O		. Es gelten dabei
die mit meinem Kreditinstitut ver	einbarten Bedingungen.				
		Kuo dikinokikuk			
		Kreditinstitut			
IBAN D E					
BIC					
Ich weiß, dass ich mit meiner Unte Ich bestätige weiterhin, davon un frist möglich ist.					

 $\label{lem:continuous} \mbox{Unter $https://phv-bw.de} \ \mbox{finden Sie alle Informationen zum $Datenschutz$ unter $-> Datenschutz$.} \ \mbox{Alle Infos zur $Mitglied$ schaft}$ finden Sie unter -> Mitgliedschaft. Hier können Sie auch die Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular herunterladen.

Unterschrift